Einzelpreis 30 000 Mark

Halle, Montag, den 20. August

Jahrg. 1923 • Nr. 193

Schriftleitung: Harz 42/44, Hinterh. II. Fernruf 4667. Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage u. Feiertage mit dem täglich. Unterhaltungsteil sowie den Beilagen „Den Frauen" und „Unserer Jugend". Unverlangt eingesandt. Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. — Sprechstunden der Redaktion: mittags von 12 bis 1 Uhr. Das „Volksblatt" ist das Publikationsorgan der gesamten sozialistisch. u. gewerkschaftl. Organisat. u. amtl. Organ verschied. Behörden.

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernruf 4605. Buchhandlg. u. Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstr. 27. Postscheckkonto Nr. 208 19 Erfurt. — Bezugspreis: Für Monat August einschl. erfolgter Vorauszahlung und der Zustellungsgebühr 400 000 Mk.; durch Postbezug oder Selbstabholung 30 000 Mk. weniger zuzügl. der Postgebühr. Die Preise sind durch den Devisenstand bestimmt. Anzeigenpreis: Für die 10gesp. Mill.-Zeile 33 200 Mk. i. Anzeig.- u. 132 800 Mk. i. Textteil (Rekl.).

Poincaré und Chamberlain.

Klagen und Anklagen.

Poincaré vermeidet, Dauer und Ziel der Ruhrbesetzung neu abzustecken.

Paris, 20. August. (WTB.)

Poincaré hielt gestern gelegentlich einer Denkmalsenthüllung in Charleville eine längere Ansprache, in der er hauptsächlich der letzten Abschnitte des Krieges gedachte, namentlich des Ausgangs des Ringens und des Augenblicks des Sieges. Es sei ein Moment der Trunkenheit für die befreiten Gebiete gewesen. Die Verbündeten aber schienen sich geeint, so stolz aufeinander, auf ihre Solidarität und ihrer gegenseitigen Dienste hinreinander so bewußt. Da machte es den Eindruck, daß sie nach diesem Ringen für die gemeinsame Sache und so schweren Opfern sich nicht mehr voneinander trennen würden. Und in der Tat haben sie nicht ohne Schwierigkeiten und ohne Einverständnis an den Verträgen gearbeitet, die auf die Wiederherstellung Europas abzielten. Die Bindeisse überdauerten den Krieg. Die Verbündeten konnten erhoffen, daß das Monument, das sie mit ihrem Blute besiegelten, unzerstörbar und unerschütterlich aufrechterhalten bleiben würde. Wenn die Einigkeit uns das Leben gerettet hat, und nicht allein Frankreich, sondern allen Verbündeten im allgemeinen und einem jeden von ihnen im besonderen das Leben rettete, ist es dann noch möglich, daß die Einigung nach dieser Lebensrettung unnütz wäre? Wir unternahmen und werden auch weiterhin alle Anstrengungen unternehmen zur Annäherung unserer Politik an diejenige unserer Verbündeten, und wir werden stets bereit sein, mit ihnen die Mittel festzustellen, die dank einer gemeinsamen Aktion ihren Beschwerden Erleichterung bringen. England beispielsweise klagt über eine lange und beschwerliche Arbeitslosenkrise. Gewiß haben wir den Wunsch, daß es seine wirtschaftliche Tätigkeit in vollem Umfange wieder aufnehme, doch glauben wir, daß seine Regierung sich irrt in dem Glauben, diese Krise sei direkt oder indirekt eine Auswirkung der Ruhrbesetzung. Redner erinnerte an die letzten Handelsstatistiken der englischen Regierung, die gezeigt hätten, daß die Ein- und Ausfuhr Großbritanniens seit dem Eintritt Frankreichs ins Ruhrgebiet in Gewicht und Wert diejenige der ersten sieben Monate des Jahres 1922 überschritt. Auch Englands Transithandel, der für Englands Schiffahrt so wichtig sei, habe um 13,5 Prozent im Verhältnis zur Wiederausfuhr des Jahres 1922 zugenommen.

Poincaré wolle nicht daraus schließen, daß England durch die Ruhrbesetzung verdiente, indessen hätte er gewünscht, daß es großen Nutzen daraus zöge. (!) Er möchte aber sagen, daß, wenn es in England so viele Arbeitslose gebe, die Schuld daran in keiner Weise General Degoutte trage. Nach Poincarés Meinung ist es auch keine glücklich gewählte Begründung, die Legalität der Pfandergreifung durch die Besetzungsmächte in Frage zu stellen.

Europa wird sein wirtschaftliches und moralisches Gleichgewicht an dem Tage wiederfinden, an dem der Friede in Europa auf solider Grundlage wiederhergestellt ist. Der Friede verlangt die loyale Ausführung der unterzeichneten Verträge und die gerechte und völlige Reparation des angerichteten Schadens. Frankreich verlange nichts anderes. England kann nichts anderes wollen. Wir werden uns also schließlich verständigen müssen. Redner meinte dann, die öffentliche Meinung im Auslande beginne den gegen Frankreich erhobenen Vorwurf des Imperialismus lächerlich zu finden. (?) Im Reichstage habe Dr. Stresemann am Abend vor seiner Ernennung zum Reichskanzler den Vorwurf erhoben, daß Frankreich Napoleon nachahme, daß Frankreich die deutsche Seele nicht verstehe und sie durch Provokationen reize. Poincaré legte dar, von wem die Herausforderungen gekommen seien. Wer hat sich seit Unterzeichnung des Friedensvertrages geweigert, ihn auszuführen? Wer hat sich der Auslieferung der Kriegsschuldigen entzogen und betrügt die Kontrolle der Kommission gehindert? Wer hat sich den Kopf zerbrochen, um die Zahlung unmöglich zu machen? Ein auf der Ungerechtigkeit begründeter Friede sei immer gefährdet. Poincaré schloß: Wir wollen den Frieden, und darum fassen wir einzig den Beschluß, der klug, vernünftig und friedfertig ist, nämlich: die eingegangenen Verpflichtungen anzuerkennen und ihnen Achtung zu verschaffen.

Die Ruhrbesetzung „ein großer und verhängnisvoller Fehler".

Austen Chamberlain über den französischen Einbruch ins Ruhrgebiet.

London, 20. August. (WTB.)

Austen Chamberlain sagte gestern in einer Rede in Birmingham, die Ruhrfrage beherrsche augenblicklich die auswärtigen Beziehungen. Die friedliche und baldige Regelung in Europa hänge ab von der Aufrechterhaltung der Entente zwischen England und Frankreich. Wo sei aber in diesen Tagen die Entente cordiale? Er glaube, daß die Alliierten England in den letzten Tagen vergessen haben, daß ein herzliches Einvernehmen jedenfalls den Willen zu diesem Einvernehmen auf beiden Seiten erfordere. Die Haltung Frankreichs sei verhängnisvoll und in diesem unvernünftig und unachtsam gewesen. England sei der Ansicht, daß Deutschland als Reparation alles zahlen solle, was es zahlen könne. Vielleicht hätten die alliierten Regierungen in der Vergangenheit mehr verlangt, als Deutschland je zahlen könne, sicherlich jedoch habe Deutschland niemals Anstrengungen gemacht, um seine Verpflichtungen zu erfüllen. (!) Unter diesen Umständen seien die Alliierten berechtigt, scharfe Bedingungen Deutschland aufzuerlegen und eine derartige Aufsicht und Kontrolle der deutschen Finanzen zu fordern, die nachweislich nötig sei, damit Deutschland die Verpflichtungen des Vertrages ausführe. Trotzdem sei er der Auffassung, daß der Einmarsch der Franzosen und Belgier ins Ruhrgebiet ein großer und verhängnisvoller Fehler gewesen sei. Seiner Meinung nach bestehe das Heilmittel darin, ein Maß der deutschen Zahlungsfähigkeit zu suchen, das mit der Erholung Deutschlands zunehme. Dies Maß könne nur auf eine wirksame Weise gefunden werden, wenn man nämlich den Unterschied zwischen dem deutschen Ausfuhrhandel und den Werten der Einfuhr kenne, die notwendig sei, um das Leben des deutschen Volkes aufrechtzuerhalten.

•

Die Ausführungen des englischen Staatssekretärs Chamberlain entheben uns der Notwendigkeit einer Antwort auf die Poincaréschen Rede, die allerdings, das sei besonders gesagt, sehr vorsichtig gehalten ist und das Bestreben erkennen läßt, die neue deutsche Regierung so wenig wie möglich vor den Kopf zu stoßen. Die Rede gliedert sich in eine Klage über die englische Untreue und in eine Anklage gegen die deutsche Erfüllungssabotage. Sonst enthält sie nichts, was an dieser Stelle nicht schon des öfteren ausführlich zurückgewiesen worden wäre. Die Antwort Chamberlains ist die beste Zurückweisung der Poincaréschen Angriffe. Nur die Behauptung, daß „Deutschland niemals Anstrengungen gemacht habe, um seine Verpflichtungen zu erfüllen", möchten wir mit dem Hinweis beantworten, daß Lloyd George während seiner Regierungszeit des öfteren erklärt hat, daß an dem guten Willen Deutschlands zur Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen nicht gezweifelt werden könne. Sollte Chamberlain aber die deutschen Großsachwertbesitzer meinen, so stimmen wir ihm gern zu, und das um so lieber, als wir überzeugt sind, daß mit dem Sturz des Kabinetts Cuno eine neue Aera der inneren Wirtschafts- und äußeren Verständigungspolitik begonnen hat.

Der Weg aus der Not.

Berlin, 19. August.

Die Verwirklichung des sozialdemokratischen Finanzprogramms hat von der Steuerseite her begonnen. Im Reichstag sind Gesetze verabschiedet worden, deren Zweck ist, durch einschneidende Steuermaßnahmen die Inflation zu bekämpfen. Das sozialdemokratische Finanzprogramm hatte vor allen Dingen die verdreifachte Erhebung der Vorauszahlung auf Einkommen- und Körperschaftssteuer gefordert. Während der Beratungen eines entsprechenden Gesetzes im Steuerausschuß des Reichstags trat der rapide Sturz der deutschen Mark ein. Die sozialdemokratische Fraktion bemühte sich deshalb, das Gesetz über die Vorauszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftssteuern über ihren ursprünglichen Vorschlag hinaus der Geldentwertung anzupassen. In dem endgültigen Gesetz wurde eine 16fache Erhebung der aufgewerteten Vorauszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftssteuern beschlossen, die durch Gesetz vom 9. Juli bereits auf das 25. bzw. das 35fache der vierteljährlichen Steuerschuld des Jahres 1922 festgesetzt worden waren. Wer also für das ganze Jahr 1922 eine Einkommensteuer von 400 000 Mk. zu zahlen hatte, hat am 15. August als Vorauszahlung für ein Quartal 40 Millionen Mark zu entrichten. Die Vorauszahlungen auf die Körperschaftssteuer sind in demselben Maße erhöht worden. Für den Fall, daß die Geldentwertung weiter fortschreiten sollte, ist das Reichsfinanzministerium ermächtigt, an den folgenden Vorauszahlungsterminen die Vorauszahlungen abermals der Geldentwertung anzupassen. Die nächsten Vorauszahlungstermine sind außerdem um mehr als je einen Monat auf den 5. Oktober und den 5. Januar vorverschoben worden. Damit ist nicht nur eine einmalige wirkende Steuer erschlossen worden, sondern es sind zugleich dem Reich laufende Einnahmen eröffnet, die mit der Geldentwertung mitgehen.

Im Zusammenhang hiermit steht die Rhein- und Ruhrabgabe. Die zur Vorauszahlung verpflichteten Einkommensteuerpflichtigen und diejenigen hochbezahlten Lohn- und Gehaltsempfänger, die im Jahre 1922 ein Einkommen von mehr als einer Million Mark hatten (Fabrikdirektoren, Bankdirektoren), haben an den nächsten drei Vorauszahlungsterminen das Doppelte der Vorauszahlungen auf Einkommensteuer als Abgabe zu entrichten. Dasselbe gilt für die Körperschaftssteuerpflichtigen. Auch hier ist nicht nur ein einmaliges Steueraufkommen am 25. August erschlossen worden, sondern für den 5. Oktober und den 5. Januar 1923 ein der jeweiligen Geldentwertung angepaßtes Steueraufkommen.

Neben diesen Gesetzen ist ein besonderes Gesetz über die Besteuerung der Betriebe in Handel und Industrie und Landwirtschaft ergangen, das für die nächsten 6 Monate den Betrieben eine wertbeständige Steuer auferlegt. Das Gesamtaufkommen dieser Betriebssteuer wird auf 340 Millionen Goldmark geschätzt. Auch hier handelt es sich für die nächsten 6 Monate um eine laufende Steuer.

Eine einmalige Steuer dagegen ist die Kraftfahrzeugsteuer, deren Höhe nach den Sätzen vom 1. September jetzt auf 60 Billionen Papiermark berechnet werden kann.

Aus diesen Steuern werden im Laufe des nächsten Monats rund 200 Billionen Papiermark Steueraufkommen erwartet. Die laufenden Steuern in Form der Lohnsummensteuer und der Goldabgabe der Landwirtschaft dürften pro Monat etwa 90 Millionen Goldmark bringen. Damit ist ein ernsthafter Versuch zum Ausgleich des Reichsbudgets unternommen worden. Im großen und ganzen sind die Steuerforderungen des sozialdemokratischen Finanz-Programms erfüllt worden, auch die Forderungen für die rasche Einziehung der Steuern. Die Fristen für die Fälligkeit der indirekten Steuern sind verkürzt worden, ein Steuerzinsgesetz soll der böswilligen Verzögerung der Steuerzahlungen entgegenwirken. Eine Verordnung des neuen Finanzministers bestimmt, daß für verspätete Steuerzahlungen das vierfache für je einen halben Monat als Strafzuschlag zu entrichten ist.

Auch in der Richtung der in unserem Programm aufgestellten zweiten Gruppe der Forderungen, die sich auf die Schaffung einer wertbeständigen Anleihe des Reiches beziehen, sind Fortschritte gemacht worden. Eine Goldanleihe im Gesamtwert von 500 Millionen Goldmark wurde aufgelegt. Eine Zinsgarantie wurde durch die Ermächtigung für die Regierung geschaffen, Zuschläge zur Vermögenssteuer zu erheben. Damit ist namentlich für den Verkehr mit der Landwirtschaft ein wertbeständiges Zahlungsmittel geschaffen. Die Arbeiterschaft hat endlich die langersehnte wertbeständige Sparmöglichkeit erhalten.

Das sind die bisher erreichten Maßnahmen. Ihre Auswirkung muß abgewartet werden. Mit Recht überschreibt die „Frankfurter Zeitung" einen Artikel über die Wirkung dieser Maßnahmen „In Erwartung". Noch läßt sich kein ganz klares Bild über ihre unmittelbare Wirkung gewinnen. Aber der Weg ist beschritten und er muß weitergegangen werden, wenn der Erfolg gesichert sein soll. Für sich allein sind die bisher erzielten Erfolge nur Teilerfolge. Den Weg aus der Not endgültig eröffnen kann aber nur ein Gesamterfolg.

•

Noch sind wesentliche Punkte des Finanzprogramms der Sozialdemokratischen Partei unerfüllt. Das Währungsproblem in seiner Gesamtheit ist durch die Steuermaßnahmen nur von der einen Seite her angefaßt worden. Es muß ergänzt werden durch entsprechende Maßnahmen von der währungspolitischen und von der kreditpolitischen Seite her. Das SPD.-Finanzprogramm forderte dafür: Stützung der Währung, Aufbringung eines Devisenfonds aus den Devisenmitteln der Wirtschaft, Heranziehung der Wirtschaft auf dem Wege der Belastung durch Goldhypothek. Ansätze zur Durchführung dieser Maßnahmen sind bereits gegeben durch die Stützungsversuche, die inzwischen unternommen worden sind und durch den Versuch, durch die Goldanleihe Devisen für das Reich verfügbar zu machen. Aber schon jetzt läßt sich erkennen, daß das Reich nicht zu einem ausreichenden Devisenfonds gelangen wird, wenn es nicht die Freiwilligkeit der Devisenbesitzer zum mindesten durch die Drohung staatlichen Zwangs gebührend unterstützt. Dazu ist die Belastung des Sachwertbesitzes eine zentrale Forderung, ohne deren Erfüllung in der einen oder anderen Form

Bayern rührt sich.

„Hindenglamer Widerstand" gegen „Eingriffe in politischer Richtung".

In einem Augenblick, in dem die Reichsregierung sich alle Mühe gibt, den von Cuno in den Dreck gefahrenen Staatskarren auf bessere Wege zu leiten, kommen aus dem „Ordnungsstaat Bayern", dessen Regierung und regierende Parteien sich auf ihre Vaterlandsliebe besonders viel zugute tun, neue Drohungen an das Reich. Die Münchener Herrschaften haben es für notwendig erachtet, sich mit dem Regierungswechsel im Reich und der politischen Lage zu beschäftigen. Sie befürchten vieles für die Zukunft, da jetzt jener Mann verschwunden ist, den sie als Hampelmann behandeln konnten und der für sie lediglich ausführendes Organ für bayerische Interessen war. Dieser Zustand hat jetzt aufgehört, und die Furcht der bayerischen Parteigeister gilt jetzt insbesondere dem sozialdemokratischen Einfluß, der sich in bezug auf die Innen- und Außenpolitik bald bemerkbar machen könnte. Deshalb die Drohung: „Es darf in der Reichsregierung kein Zweifel darüber bestehen, daß das bayerische Staatsministerium in völliger Uebereinstimmung mit dem Willen des bayerischen Volkes nicht in der Lage ist, Kompromisse zu schließen und Zugeständnisse zu machen. (!) Sollten nach früherem Muster Eingriffe in politischer Richtung versucht werden, so würde man in Bayern auf unbeugsamen Widerstand (!) stoßen."

Gott sei Dank ist Bayern nicht der Nabel der Welt, wie sich Ludendorff und Knilling einzubilden scheinen, und ferner ist die bayerische Regierung nicht maßgebend für die Außen- und Innenpolitik des Reiches. In außenpolitischer Beziehung muß das neue Reichskabinett eine Politik treiben, die uns einer schnellen Lösung des Ruhrkonfliktes näherbringt, ganz gleich, was man in Bayern darüber denkt, und in innenpolitischer Beziehung hat sie bei allen Zugeständnissen politischer und finanzieller Art an die Länder eine Linie einzuhalten, die dem Gedanken der Reichseinheit entspricht. Die Reichsregierung muß sich dessen bewußt sein, daß bei Befolgung dieser Politik nicht nur das Volk als solches, sondern auch mit Ausnahme Bayerns alle Landesregierungen hinter ihr stehen. Das heißt, allgemein ausgedrückt: Die Volksmehrheit und die deutschen Landesregierungen wünschen keine deutschnationale, sondern eine nationale Politik — diese Politik aber bekämpft Bayern!

Fliegt Havenstein?

Herr Havenstein sitzt noch immer im Reichsbankdirektorium. Das Ultimatum der Sozialdemokratie hat er, gestützt und aufgemuntert durch den deutschnationalen Herrn Helfferich, nicht zum Anlaß seines Rücktritts genommen. Es werden deshalb jetzt die notwendigen Schritte unternommen werden, um den Förderer deutschnationaler Interessen in der Reichsbank mit Schimpf und Schande davonzujagen. Zunächst wird die sozialdemokratische Fraktion heute, Montag, mit dem Reichskanzler über die Angelegenheit Rücksprache nehmen. Von dem Ausgang dieser Besprechung hängt es ab, ob der beabsichtigte Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstags notwendig ist.

Vormittags 10 Uhr: Dollar 4 400 000.

Tendenz: Ruhig, aber fest.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230820-15/fragment/page=0001

alle Rettungsversuche schließlich scheitern müssen. In den Verhandlungen der Koalitionsparteien und weiter auch im Plenum des Reichstags ist ein prinzipieller Entschluß, an die Belastung der Sachwerte heranzugehen, bereits gefaßt worden. Bei diesem prinzipiellen Beschluß darf es nicht sein Bewenden haben. Er muß rasch zu Gesetzen verdichtet und energisch in die Praxis umgesetzt werden.

Zur Ergänzung dieser Maßnahmen ist die gründliche Aenderung der Kreditpolitik der Reichsbank notwendig. Der Sinn der bisherigen Kreditpolitik der Reichsbank ist, die Kaufkraft der Besitzer der Produktionsmittel und der Schuldner durch Papierkredite künstlich zu stärken gegenüber der Kaufkraft der anderen Massen der Bevölkerung. Diese Kreditpolitik bedeutet eine direkte Gegenwirkung gegen die beabsichtigte staatliche Finanzpolitik, wie auch gegen den sozialen Sinn dieser Finanzpolitik. Die Gegensätzlichkeit der Reichsbankpolitik und der staatlichen Finanzpolitik tritt in diesen Tagen ganz klar hervor. Ohne die Beseitigung des bisherigen Systems in der Reichsbank werden alle Maßnahmen zur Stützung der deutschen Währung zur Erfolglosigkeit verurteilt sein. Wird das System Havenstein nicht sofort geändert und werden die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht gleichzeitig ergriffen, so wird jede einzelne von ihnen nur einen Teilerfolg erreichen. Jeder Teilerfolg aber muß ins Gegenteil eines Erfolgs umschlagen, solange auf den noch nicht in Angriff genommenen Gebieten dem Ziele entgegengearbeitet wird.

Mit Energie und Unerbittlichkeit muß deshalb die neue Finanzpolitik auf allen Linien, die das VSPD.-Finanzprogramm aufgezeigt hat, vorwärtsgetrieben werden. Jeder Widerstand, den einzelne Interessentengruppen dieser Politik entgegensetzen, muß im Interesse der Rettung des Ganzen gebrochen werden. Jedes Anhalten auf dem Wege, der uns aus der Not führen soll, kann unsere Lage nur verschlimmern und uns endgültigem Zusammenbruch preisgeben. Hinter der neuen Finanzpolitik muß die ganze politische Kraft der Arbeiterklasse stehen und die Erkenntnis, daß es keinen anderen Weg aus der Not gibt. Gelangen wir auf diesem Wege nicht aus der Not heraus, so ist die Folge das Chaos und der Bürgerkrieg. Daran mögen die herrschenden Klassen denken.

Der Steuerkalender.

Zahlungen und Befreiungen.

In dem Freitag-Leitartikel ist infolge eines Versehens ein Satz mißverständlich gefaßt. Es handelt sich um die im August zu entrichtenden Zahlungen auf Einkommensteuer und außerordentliche Abgaben. Richtig muß es heißen:

a) 15. August 1923: Vorauszahlung des 25fachen Betrages der Rate, die nach dem Einkommensteuergesetz in der Fassung des Geldentwertungsgesetzes zu zahlen gewesen wäre.

b) 25. Aug. 1923: Weitere Vorauszahlungen in Höhe des 375fachen Betrages dieser Rate, sowie außerordentliche Abgaben in doppelter Höhe der Vorauszahlungen vom 15. August und 25. August.

Praktisch bedeutet das, daß der Steuerpflichtige im Laufe des August insgesamt das 300fache seiner Einkommensteuer für das ganze Jahr 1922 zu entrichten hat."

Dies sei durch ein Beispiel erläutert: Angenommen, der Steuerpflichtige hat für das Kalenderjahr 1922 ein Einkommen deklariert, nach dem er 40 000 Mk. Steuern zu zahlen gehabt hätte, so hat er

1. am 15. August zu zahlen 10 000×25 = . .	250 000 Mk.
2. am 25. August als weitere Vorauszahlung 10 000×375 = ...	3 750 000 Mk.
3. das Doppelte der Zahlungen zu 1 und 2 =	8 000 000 Mk.
also insgesamt	12 000 000 Mk.

d. h. das 300fache der Einkommensteuer, wie sie sich nach Lage der Gesetzgebung zurzeit der Abgabe der Steuererklärung gestellt hätte.

Bei dieser Gelegenheit sei auf die Ausnahmen von der Verpflichtung zur Vorauszahlung noch etwas genauer eingegangen. Die Verpflichtung entfällt für diejenigen, die im Jahre 1922 Einkommen vorwiegend aus den Erträgen festverzinslicher, auf deutsche Währung lautenden Werten, z. B. Hypotheken, deutsche Obligationen, deutsche Staatspapiere, Pfandbriefe, bezogen haben. Sie entfällt weiter für diejenigen, deren Einkommen vorwiegend aus Arbeit (im Gegensatz zu Handel und Gewerbe, Landwirtschaft und Kapitalvermögen) geflossen ist. Dazu gehören neben den Lohn- und Gehaltsempfängern die geistigen Arbeiter, wie Aerzte, Rechtsanwälte, Architekten, Ingenieure, Schriftsteller, Lehrer usw. Ebenso trifft die Verpflichtung nicht die Pensionäre. Des weiteren unterliegen ihr auch nicht die Bezieher von Leibrenten und diejenigen, deren Einkommen hauptsächlich aus Gewinnen aus einzelnen Veräußerungsgeschäften, insbesondere also aus nichtgewerbsmäßig unternommenen Börsenspekulationen herrühren. Die Ausnahme greift dann Platz, wenn eine oder mehrere dieser Einnahmequellen die Hauptquelle des Einkommens darstellt. In welchem Verhältnis die Hauptquelle zu etwaigen Nebenquellen stehen muß, kann natürlich im Einzelfalle streitig sein. Ein wesentliches Anzeichen wird die Lebensstellung des Steuerpflichtigen sein. Die Tatsache, daß z. B. ein Beamter oder Gehaltsempfänger nebenbei noch gewisse Kapitaleinkünfte hat oder Aufsichtsratstantiemen bezieht, wird ihn des Vorteils der Befreiung nicht verlustig machen.

Harte Tatsachen!

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt:

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Sonnabendnachmittag in einer mehrstündigen Sitzung mit den zu ergreifenden finanz- und währungspolitischen Maßnahmen. Die Beratungen werden am Montagnachmittag fortgesetzt und jedenfalls zum Abschluß gebracht werden.

Die Reichsregierung ist sich klar darüber, daß mit aller Entschiedenheit durchgegriffen werden muß, wenn die Katastrophe vermieden werden soll. Nicht zuletzt hat die erst jetzt wieder von der Schwerindustrie eingenommene Haltung auch diejenigen zu der Ueberzeugung gebracht, die bisher noch auf Zwangsmaßnahmen glaubten verzichten zu können. Bekanntlich wurde noch unter der alten Regierung mit der Industrie die Vereinbarung zur Ablieferung eines beträchtlichen Devisenbetrages für die Bildung eines Devisenfonds getroffen. Aber auch jetzt hält die Schwerindustrie ihre Verpflichtungen nur zum Teil ein und versucht nach wie vor, ihre Spekulationsinteressen auszufechten. Es wird u. a. behauptet, daß sie die schon abgelieferten Devisen zum Teil aus Papiermarkkrediten der Reichsbank gezahlt hat, die natürlich von Herrn Havenstein immer wieder gegeben werden. Darüber hinaus soll ferner beobachtet worden sein, daß Goldschatzscheine, die der Industrie für abgelieferte Devisen ausgehändigt wurden, wieder verkauft worden sind und mit dem Erlös Devisen zurückerworben wurden. Nimmt dieser Zustand seinen Fortgang, dann ist mit einem vollkommenen Fehlschlag der neu eingeleiteten Intervention zu rechnen, so daß jetzt entschiedene Maßnahmen mit aller Rücksichtslosigkeit und Schärfe durchgeführt werden müssen.

Wir müssen endlich zu stabilen Währungsverhältnissen kommen, da sonst in absehbarer Zeit der Kampf aller gegen alle unvermeidlich ist. Die seit Anfang August eingetretene Entwertung der Mark war derartig, daß die kleinen und mittleren Betriebe heute außerstande sind, die zum Leben notwendigen Gehälter an das Personal zu zahlen. In Anbetracht dessen hat sich ein großer Teil der kleinen und mittleren Unternehmer bereits jetzt veranlaßt gesehen, dem Personal zu kündigen. Sicherlich wird der gegenwärtige Zustand von diesem oder jenem Unternehmer, der als Devisenbesitzer die erhöhten Löhne zahlen könnte, ausgenutzt, aber es muß auch einmal ganz offen gesagt werden, daß die kleinen und mittleren Betriebe vorläufig in der Tat außerstande sind, heute die Markbeträge aufzubringen, die zur Zahlung der Gehälter und Löhne notwendig sind. Es wird deshalb nichts anderes übrig bleiben, als daß dem Personal bei den kommenden Auszahlungen nur ein Teil der tariflichen Gehälter bzw. Löhne zur Verfügung gestellt wird, während der Rest auf eine bestimmt festzulegende Frist wertbeständig garantiert werden muß. Jetzt muß jeder einzelne vorübergehende Opfer bringen. Die Voraussetzung zur Erfüllung unseres Vorschlags ist jedoch, daß zunächst stabile Verhältnisse geschaffen werden, die die Möglichkeit geben, die jetzt fehlenden Beträge in einer Uebergangszeit aus den Betrieben wieder herauszuwirtschaften. Kommen wir nicht zu dieser Uebergangszeit, dann ist die Katastrophe nicht mehr zu vermeiden.

In diesem Zusammenhang müssen wir auf folgendes verweisen: Erst in diesen Tagen wurde wieder eine Besoldungserhöhung der Beamten in einem gewaltigen Ausmaße vorgenommen, ohne jedoch bisher von der Deckung zu sprechen. Wir sind immer für eine angemessene Bezahlung der Beamten, Angestellten und Arbeiter eingetreten und verwehren niemandem auch die jetzt zugestandenen Mittel. Aber was ist auf die Dauer den Staatsbediensteten, besonders aber dem Volke damit gedient, wenn fortgesetzt ungeheure Beträge bewilligt werden, die z. B. jetzt den größeren Teil der neu beschlossenen Steuern auffressen, ohne daß neue Deckung dafür vorhanden ist. Bei dieser Wirtschaft muß die Inflationswelle trotz aller schönen Pläne gegen sie ihren Fortgang nehmen.

Wir erwarten, daß die neue Regierung schnellstens zu einer einheitlichen Aktion gegen die Katastrophe schreitet, wie sie von der Sozialdemokratie schon früher immer wieder gefordert worden ist. Dazu gehört vor allen Dingen aber auch, daß Herr Havenstein schnellstens verschwindet und die mit der Durchführung dieser Maßnahmen im Reichsfinanzministerium hauptsächlich zu betrauenden Beamten Männer sind, die mit ganzem Herzen ihre Arbeit verrichten. Zunächst müssen deshalb die deutschnationalen Staatssekretäre aus dem deutschnationalen Finanzministerium verschwinden.

Die Rechts- und die Linksbolschewisten.

„Wir Kommunisten werden auch mit den Mördern von Liebknecht und Rosa Luxemburg zusammengehen, wenn sie in unsere Reihen treten wollen."

Diesen Ausspruch tat der kommunistische Reichstagsabgeordnete Remmele in einer auf seine Einladung in Stuttgart abgehaltenen Versammlung, die eine Auseinandersetzung der Kommunisten mit den Sozialdemokraten und Fascisten bringen sollte. Da die Sozialdemokratie der Einladung nicht Folge geleistet hatte, spielte sich zwischen den beiden anderen Parteien ein Rede-Duell ab, das von einer langen Rede Remmeles eingeleitet wurde. In deren Verlauf erklärte er, die Kommunisten würden ein Zusammengehen mit den „aktivistischen" Gruppen begrüßen. „Die uns gestern totgeschlagen haben," sagte Remmele, „sobald sie morgen kommen und sagen, wir haben uns geirrt, so werden wir sie in unsere Front einreihen." Dann folgte das oben genannte Geständnis, und zuletzt die Drohung: „Wer mit uns geht, ist unser Freund, wer uns entgegentritt, den werden wir schlagen."

Der vom Württembergischen Bauernbund anwesende Dr. Kaltenböck ging auf das Liebeswerben Remmeles nicht in dem Maße ein, wie dieser wohl gewünscht hatte, sondern erklärte: „Uns trennt eine ungeheure Kluft. Darum gibt es für uns keine Gemeinschaft mit Ihnen. Vielleicht treffen wir uns bei dem einen gemeinsamen Ziel: Kampf gegen die Sozialdemokratie und die Republik."

Damit ist der Hinweis auf eine gemeinsame Wegstrecke beider Spielarten des Putschismus gegeben: Es vereint sie der Haß gegen die Partei des organischen Wiederaufbaues auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete. In ihrer Bekämpfung werden sie stets einig gehen.

Verlängerung der Brotkarte bis 15. Oktober

Brotkarten oder Barmittel für die Minderbemittelten?

Die Konferenz der Ernährungsminister der Länder, die am letzten Freitag stattfand, hatte ein verhältnismäßig dürftiges Resultat. Die Vorschläge der mitteldeutschen Ernährungsminister (Sachsen, Braunschweig, Thüringen, Anhalt), die schon vor längerer Zeit dem Reichsernährungsminister zugegangen waren und die ein Zurückgreifen auf die Wege der Zwangswirtschaft forderten, fanden wenig Gegenliebe. Auch von irgendeinem Eingehen auf die Vorschläge der Gewerkschaften hört man nichts.

Für die Getreidebewirtschaftung wird die Umlage abgelehnt. Das Reichsernährungsministerium will eine Art Vorratswirtschaft, besonders für die minderbemittelten Schichten, treiben, und zwar zunächst für den Zeitraum vom 15. Oktober bis 15. April. Bis zum 15. Oktober soll die Brotkarte weitergeführt werden. Ueber die näheren Methoden ist man sich im Ministerium noch nicht ganz klar, auch nicht darüber, ob für die Zeit von Oktober bis April Brotkarten oder Barmittel für die Minderbemittelten in Frage kommen. — Ueber die Fleischversorgung wurde ebenfalls kein neuer Vorschlag gemacht, also freier Handel wie bisher. Desgleichen soll der Zucker jetzt völlig der freien Wirtschaft ausgeliefert werden, jedenfalls soll es künftig keine Zuckerwirtschaftsstellen mehr geben. — Die Kartoffelfrage wurde als Kreditfrage erklärt und behandelt. Man verspricht sich viel Hilfe von der neuen Kartoffel-Kreditbank, die der frühere Staatssekretär Peters gründete. Die Bank soll in erster Linie dem Handel dienen und vom Reich Kredite erhalten. Daneben sollen die Kommunalverbände zur Kartoffelversorgung selbst sich Geld beschaffen. Hierfür sind ebenfalls Erleichterungen in der Kreditfrage von der Reichsbank vorgesehen. Schließlich sollen die großen Unternehmungen Vorschüsse gewähren, damit die Arbeiter zu gegebener Zeit sich mit Kartoffeln eindecken können. Für die Wagengestellung hat das Reichsverkehrsministerium insofern Vorsorge getroffen, als die Kartoffeln in der Dringlichkeitsliste, die das Ministerium ähnlich wie im Krieg aufgestellt hat, an die erste Stelle gesetzt wurden. In diesem Jahre müssen bei dem Mangel an gedeckten Waggons (infolge der Ruhrbesetzung) mehr ungedeckte Wagen beim Kartoffeltransport verwendet werden. Man hofft aber, diesem Uebelstand mit Hilfe des in diesem Jahr reichlich zur Verfügung stehenden Strohs begegnen zu können.

Für die bessere Belieferung der Bevölkerung mit Fett hatten die mitteldeutschen Ernährungsminister verlangt, die Großindustrie solle dem Reich durch Gewährung von Krediten eine stärkere Fetteinfuhr ermöglichen. Das ist nach Auffassung des Ministeriums bereits vor kurzem geschehen. Dem Fetthandel sind im Augenblick genügend Devisen zugeteilt worden. Die Fett- und Margarineversorgung hat sich beträchtlich gebessert. In Berlin ist sogar im Absatz von Margarine eine leichte Stockung eingetreten. Ueber die Butterfrage wurde nicht eingehender gesprochen. — Der von den mitteldeutschen Ernährungsministern vorgeschlagene Reichshöchstpreis für Milch fand keine Annahme. Die Einwände besagen, ein niedriger Milchpreis vertriebe die Milch und ein dem freien Milchpreis stark angepaßter Reichsmilchhöchstpreis habe seinen Zweck verfehlt. Im übrigen wurde zur Ueberraschung mancher Konferenzteilnehmer festgestellt, daß auch Länder ohne Milchhöchstpreis einen verhältnismäßig niedrigen Milchpreis haben. Berlin hatte z. B. einen Milchpreis zwischen 50 000 und 70 000 Mk., als Schwerin und Oldenburg bereits einen solchen von 100 000 Mk. hatten. Vom Reichsverkehrsministerium, dessen Frachtenpolitik scharf kritisiert wurde, forderte man Frachtenermäßigung für die Milch. Vom Reichsernährungsministerium werden Hilfsmaßnahmen zur Verbilligung der Milch für die Minderbemittelten (stillende Mütter u. dgl.) in Aussicht gestellt.

Deportiert!

Nach einer bisher noch nicht amtlichen Mitteilung, die an zuständiger Stelle eingegangen ist, soll der zum Tode verurteilte und zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe „begnadigte" Landwirtschaftslehrer Görges zur Verbüßung seiner Haft von den Franzosen nach Cayenne abtransportiert werden. Der Assessor Nühus und die beiden Wachtmeister Kosch und Brauer sollen nach denselben Mitteilungen nach Algier deportiert werden.

Warum haben die armen Leute Tiere?

Von Max Hayek.

Die armen Leute haben wenig zu essen, wohnen in dunklen Zimmern und sind schlecht gekleidet. Sie haben wenig Freude und sie mißtrauen den anderen Menschen, namentlich den reichen. Sie fühlen, daß sie von den reichen Menschen nicht gerade gern gesehen werden, daß die reichen Menschen ihre Gesellschaft meiden, wenn es nur irgend möglich. Sie wissen, daß der Reichtum und die Arbeit feindliche Geschwister sind, die sich nicht leiden mögen, sie wissen, daß die Liebe den schmalen Pfad vom Reichtum zur Armut nur selten und ungern geht, und meist mit verhüllten Augen, die wenig sehen wollen. Ja, die Liebe will der Armut niemals tief genug in die Augen sehen, die Liebe der reichen Menschen. Es genügen ihr flüchtige Blicke — sie sieht gerne wieder fort —, in freundlichere, hellere Augen hinein. Denn Reichtum liebt Reichtum. Und zwischen den Reichen und den Armen schwingt wenig oder gar keine Liebe.

Warum also haben die armen Leute Tiere? Ein Hündlein, ein Kätzchen, ein Vögelchen, ein Hühnchen, ein Kaninchen, ein Meerschweinchen, eine weiße Maus? Sie haben doch selbst wenig zu essen, die armen Leute! Warum noch die Obsorge für ein anderes Geschöpf Gottes übernehmen?

Die armen Leute haben Tiere, weil sie etwas auf der Erde haben müssen, dem sie Liebe geben können! Zu jeder Zeit! Sie müssen etwas haben zur Aufnahme jener Liebe, die sie den reichen Menschen nicht zuwenden können! Ja, diese Liebe, die den anderen Menschen gelten soll, geben die armen Leute den Tieren! Denn seht, die Tiere sind wahrhaft sozial, sie lieben die armen Leute ebenso sehr, wie sie die reichen Leute lieben! Sie sind immer fröhlich, immer treu, immer hingegeben und fragen nicht, ob ihr Besitzer goldene Ringe trägt oder unreine Wäsche: sie lieben ihn, wie er ist und nehmen seine Liebe allzeit dankbar auf. Sie freuen sich mit den Armen, sie erhellen ihm die Stube. Ihnen darf er Liebe geben, wann immer er will: sie sind da. Sie verachten ihn nicht, sie lassen ihn nicht merken, daß er arm sei und deklassiert. Sie geben ihm das freudige Gefühl des Herrentums und beschenken ihn mit Würde. Sie blicken zu ihm auf als zu ihrem Ernährer, sie sehen ihn mit heiteren, treuherzigen Augen an, sie sind unbedingt ergeben. Ihre Lieb ist unerschöpflich, und die Liebkosung der Armen ist ihnen ein immer neues Glück und Geschenk. Hier kann der Arme freigebig sein.

Kanalschwimmer in drei Jahrzehnten.

Die Durchschwimmung des Aermelkanals, die dem Amerikaner Sullivan gelungen ist, bedeutet eine Leistung, die bisher nur einmal vollbracht wurde und die man seit einem halben Jahrhundert mit den allergrößten Anstrengungen vergebens erstrebt hat. Die Versuche, den Kanal zu durchschwimmen, waren jeden Sommer vor dem Kriege in England Gegenstand der größten Aufregung, und einige dieser unermüdlichen Kanalschwimmer genossen eine große Popularität. Die Ueberwindung des Kanals war für die Briten fast zu einer „fixen Idee" geworden. Der erste und bis auf Sullivan unerreichte Kanaldurchschwimmer war der Kapitän Matthew Webb, der am 25. August 1873 den Sieg über die heimtückische Wasserstraße errang. Bei seinem ersten Versuch wurde Webb, nachdem er 13¾ englische Meilen zurückgelegt hatte, von einer Strömung fortgerissen, die ihn soweit abtrieb, daß er den Versuch aufgeben mußte. Zwölf Tage später erreichte er dann glücklich die Küste von Calais, nachdem er 21¾ Stunden im Wasser gewesen war. Sullivan hat 27 Stunden 23 Minuten gebraucht. Webb, ein Riese mit einem gewaltigen Brustkasten, schilderte die letzten Stunden seines Schwimmens als „einen langen Kampf mit der Ohnmacht, bei dem jeder Stoß ihm der letzte zu sein schien, den er noch machen könnte". Webb war für seine Leistung von Prof. Bibbero trainiert worden, der seine Schüler 24 Stunden ohne jeden Aufenthalt gehen ließ. Er war der Ansicht, daß jemand, der nicht 24 Stunden hintereinander marschieren kann, niemals fähig sein wird, die gleiche Zeit zu schwimmen. Außerdem wurde Webb regelmäßig Meerwasser in den offenen Mund gegossen, um die Schlingmuskeln an eine automatische Verschließung gegen das Wasser zu gewöhnen, dem der Schwimmer bei unruhiger See nicht entgehen kann.

Nach Webb haben Jahrzehnte hindurch immer wieder Schwimmer die Durchquerung unternommen und sind mehr oder weniger früh vor dem Ziel gescheitert. Bei manchem waren es nur noch zwei, eine, sogar eine halbe englische Meile, die sie vom Sieg trennte, aber stets wurden sie durch einen Unfall an der Vollendung gehindert. Die berühmtesten Kanalschwimmer nach Webb waren Holbein, Weidmann und Burgeß. Holbein machte seinen ersten Versuch 1901; im folgenden Jahre nahm er den Kampf wieder auf und schwamm sogar länger als Webb, nämlich 22½ Stunden. Bei anderen Versuchen schwamm Holbein Strecken, die größer waren, als die Entfernung der beiden Kanalküsten hin und zurück beträgt. Die Hochsaison der Kanalschwimmerei war um 1904. In diesem Jahre wurden nicht weniger als 5 Versuche gemacht, und die beste Leistung vollbrachte Weidmann, der damals zuerst von dem Riesen Burgeß begleitet war. Dieser machte mehr als ein dutzendmal den Versuch. Neben ihm trat in den letzten Jahren vor dem Krieg J. Wolff hervor, der mehr als 20 Versuche unternommen hat, um die verhältnismäßig schmale und doch so gefährliche Wasserfläche zu überwinden. Wie jetzt wieder mit Sullivan eine Frau um den Preis rang, so haben sich auch sonst schon Frauen am Kanalschwimmen beteiligt.

Uraufführung der Operette eines hallischen Komponisten. Das Kurtheater in Bad Salzungen brachte die Operette „Der Mäuschenball", Text von Gebhard Schätzler-Perasini, Musik von Leo Lewinsky, mit starkem Erfolg zur Uraufführung. Leo Lewinsky, ein Hallenser, ist schon früher als Liederkomponist hervorgetreten.

Das Reich der Maya. Als die Spanier nach Amerika kamen, zerstörten sie bekanntlich das Aztekenreich in Mexiko und das Inkareich in Peru. Zwischen diesen beiden Ländern hat aber in älterer Zeit, wohl noch vor Christi Geburt, ein großes Kulturvolk gewohnt, das in Gesittung und Kenntnissen viel vorgeschrittener war, die Mayas. Ihr Hauptsitz war im heutigen Guatemala, überhaupt in Mittelamerika. Als Cortez und Pizarro in jenen Gegenden einbrachen, war das Maya-Reich schon längst verschwunden, und der Urwald wuchs über den Trümmern ihrer Städte, Schlösser und Tempel. In den letzten Jahren ist auf Veranlassung des Carnegie-Instituts eine Untersuchung angestellt worden, an der hauptsächlich die drei Forscher Oliver, Ricketson, W. A. Love und Jerome Kilmartin beteiligt waren. Es gelang, eine ganze Anzahl von Maya-Orten, die man bisher nur vom Hörensagen und aus toltekisch-aztekischen Nachrichten kannte, festzustellen, Itsimta, Tayasel, Irlu, Tikal, Uclantun, Uaxantun u. a. m. Die Expedition hatte viel unter Wassermangel zu leiden. Man hofft aber, in der Arbeit fortfahren zu können und in einiger Zeit der Welt eine Karte vorzulegen, aus der zum ersten Male genaueres über die Ausdehnung des Maya-Reiches und die Lage seiner hauptsächlichen Städte zu entnehmen sein wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230820-15/fragment/page=0002

Tyrannis der Papierbarone.

Das Zentralorgan unserer Partei berichtet:

Nach mancherlei Bemühungen des Wirtschaftsministeriums war es gelungen, für den Monat August zwischen den **Papierfabrikanten** und den Verlegern einen festen Preis **zu vereinbaren, der trotz Geldentwertung und Steigerung der Löhne und Kohlenpreise durchgehalten werden sollte.** Gegenüber der Steigerung des Papierpreises von 7600 auf 55 000 Mk. für 1 Kilogramm sollten die Verleger wenigstens diesen Vorteil buchen. Die Papiermagnaten, die doch aus den früher viel billiger gekauften Rohstoffen fabrizieren, glaubten, den Verlegern entgegenkommen zu können.

Wie das Entgegenkommen jedoch in der Praxis aussieht, das mögen die vergangenen 14 Tage lehren. **Man ist nicht nur rücksichtslos bei der Anzahlung und der Entgegennahme der Wechselverbindungen vorgegangen** — mancher Verleger mußte schließen —, man versucht jetzt, kleinere eingetretene Hemmungen im Wirtschaftsleben dazu zu benutzen, um von der Lieferungspflicht im Monat August möglichst **frei** zu kommen. Erst vor einigen Tagen wurde von den Papierfabrikanten ein Rundschreiben versandt, worin geklagt wurde, daß diese und jene Papierfabrik entweder keine Kohlenzufuhr habe, oder daß sie bestreikt werde, oder daß sie — die reichste Industrie! — keine Gelder zur Lohnzahlung habe, und daß deshalb die fälligen Papierlieferungen in Gefahr geraten. Man zählt einige Fabriken auf und glaubt damit den Nachweis der Fabrikationshemmung für alle Papierfabriken gebracht zu haben. Die Grundstimmung ist: **wir haben euch das Papier viel zu billig abgegeben, dafür werden wir euch die Lieferungen beschneiden und unbequem machen, damit ihr ja unsere Macht fühlt.**

Täglich gehen dem **Parteivorstand** Beschwerden zu, daß die Fabriken nicht liefern. Unsere Parteibetriebe sollen noch Lieferungen aus dem Monat Juli erhalten. Nur notgedrungen werden einige beliefert. Schlimmer ist es mit den **August-Lieferungen. Wenn die Sabotage so weiter geht, dann wird sich das Wirtschaftsministerium um diese Angelegenheit sehr eingehend** kümmern müssen. Jedenfalls sind wir nicht gewillt, die Fabrikanten von ihren eingegangenen Verpflichtungen **zu lösen.** Sie produzierten im Juli — lieferten jedoch nicht; sie produzieren noch heute in gleichem Umfange — und sabotieren die Lieferungen, trotzdem die Mengenzuteilung erheblich beschnitten ist.

Alles geht darauf hinaus, dem nach Ansicht der Papierkapitalisten jetzt **„viel zu niedrigen Preise" durch Nichtlieferung zu entgehen** und, um reine Bahn zu machen, die **Goldmarkzahlung** durchzudrücken. **Schon heute muß der Verleger eines Gewerkschaftsblattes** sein Papier in Gold bezahlen, und zwar mit 23,5 Pf. (Friedenspreis 21 Pf.). **Das ist Zweck und Uebung des Syndikats.**

Was in den Kreisen unserer Parteigeschäfte besonders aufreizend wirkt, ist die Beobachtung, daß man unsere Parteizeitungen offensichtlich am ehesten zu treffen versucht. Sollte das wirklich der Fall sein, so müssen wir vom Reich verlangen, daß derartige wirtschaftliche Benachteiligungen verhindert.

Wie schwer übrigens ein solches Vorgehen der Papierfabriken wirken kann, ersieht man an der **Nichtlieferung durch die Fabrik Reisholz im besetzten Gebiet.** Einmal kann sie nicht liefern, weil sie **keinen Zellstoff hat, dann,** weil er noch nicht angefahren ist, dann, weil ein Streik ausgebrochen sei und so geht es weiter, bis dann der Monat August herum und damit die Verpflichtung erledigt ist. **Die Verleger im besetzten Gebiet** sind bald ohne Papier. So erschwert man die Reichspolitik durch nackten **Unternehmeregoismus. Dabei hat die Fabrik etwa 70 Waggons Papier versandbereit stehen!**

Die Weimarer Sonderkonferenz. Der **Parlamentsdienst** unserer Partei **berichtet: Als vor wenigen Wochen die Parteigenossen von der Weimarer Sonderkonferenz unterrichtet wurden, hieß es gleichzeitig, daß diese Besprechung von mehr als 80 Genossen besucht gewesen sei. In Wirklichkeit war die Konferenz nur von einem halben Dutzend Teilnehmern besucht, so daß ihr nicht die Bedeutung beizumessen ist, wie es bisher geschah.**

Gute Ernte!

Berlin, 20. August. (Privattelegramm.)

Laut „Montagspost" wird vom Deutschen Landwirtschaftsrat, von der **Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg und von anderen zuständigen Stellen** eine Ernte erwartet, die die vorjährige bei weitem übertreffen dürfte. Nur der **Kartoffelertrag** wird nach den bisherigen Aussichten nicht so günstig sein wie der große vorjährige. Der Weizenertrag z. B. werde auf 18 bis 20 Zentner je Morgen (16 im Vorjahre) geschätzt.

Der Kaffee-Preis. Der Verbraucherpreis für Röstkaffee wird vom Verein der Kaffee-Großröster und -händler (Sitz Hamburg), heute offiziell mit 1 677 000 bis 1 900 000 Mk. für das Pfund je nach Güte notiert.

Gewerkschaftsbewegung.

Streik-Ende in der hallischen Metallindustrie.

Die besonderen Verhältnisse, die in der Metallindustrie herrschen, ergaben, daß **die Beteiligung am sogenannten Generalstreik** stärker ausfiel, als in anderen Gewerben. Wenn die Kraftquellen des Betriebs, Kesselhaus und **Antriebsmaschine, stillgelegt** sind, dann muß schon **notgedrungen der ganze Betrieb** „streiken". Noch andere Mittel mußten herhalten, um die Streikunlustigen aufzumuntern. Es sei noch nicht einmal so sehr auf die mehr oder minder deutlichen Drohungen hingewiesen, viel mehr als diese wirkte die Behauptung, **das ganze Land nehme am Streik teil; der Glaube,** den diese Behauptung allgemein fand, hatte seinen Nährboden in den wahrhaft verzweifelten Zuständen, die uns durch die Untätigkeit der Fachmänner-Regierung Cuno beschert worden waren.

Eigenartig und beachtenswert ist aber das Ende des Streiks in der **Metallindustrie** gewesen. Wahrhaft verzweifelt mußte sich am **Donnerstag in der Frühe** ein großer Teil der **kommunistischen Betriebsräte gegen** die Aufnahme der Arbeit durch die Belegschaften wehren. Sie errichten ihr Ziel nur durch die direkte Lüge, jetzt hätten die **Gewerkschaften** die Bewegung in die Hand genommen, ja, es wurde sogar der Anschein erweckt, als ob die **Bezirksleitung** des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Forderungen **in den** für Freitag angesetzten Verhandlungen den Unternehmern gegenüber vertreten werde. Wieder schwoll die Hoffnung auf in der Brust der Streikenden, denn — um mit der kommunistischen Presse zu reden — „die ungeheure Macht der Gewerkschaften müßte sich **jetzt als wirksam** erweisen". Die KPD. hatte ja bekanntlich **ihren Generalstreik** bis Mittwochabend befristet, was dann geschah, **das konnte dann doch nicht mehr auf ihr Konto gehen;** wenn jetzt nichts erreicht wurde, so war es **eben Schuld des DMV. und der Verbandsbureaukratie.** Die KPD. hatte **ihren** Streik beendet, aber sie hatte auch den Streikenden **auf den Weg gegeben, auf keinen Fall die** Arbeit aufzunehmen, wenn **es nicht 20 Millionen Mark Wirtschaftsbeihilfe** und **60 Pfennig Goldlohn** gebe. (Der kommunistische Bezirksleiter Sachse behauptete **noch vor sieben Wochen, Goldlöhne** wären eine **konterrevolutionäre Forderung,** und der **kommunistische Landtagsabgeordnete** Katz **bezeichnete in der Sitzung des Landtags vom 23. Juni Goldlöhne als einen kühnen Schwindel,** mit dem die Regierung und die **Gewerkschaften noch einmal** die hungernden Massen über die Not hinwegzutäuschen vermögen. Red. „Volksbl.") Außerdem wurde bekanntlich Bezahlung der **Streiktage** und **Unterlassung** etwaiger Maßregelungen gefordert. Eine „wunderbar klare" Stellung der **KPD.-Führer. Der Streik ist zu Ende,** aber die Arbeitsaufnahme ist **verboten.**

So lagen die Verhältnisse in Halle, als am Freitagabend, schon lange vor 7 Uhr, sich die Funktionäre des DMV. im „Volkspark" **versammelten.** Auch die **unteren** Räume des **Lokals** füllten **sich mit Metallarbeitern,** die mit klopfendem Herzen auf den Beschluß zur **Arbeitsaufnahme** warteten. Stundenlang warteten. **Denn es** wurde 10½ Uhr, ehe die **Verhandlungskommission** erschien. **Was aus ihrem Bericht** hervorging, ist wert, ausführlich dargestellt **zu werden.** Denn die Verhandlung selbst und ihr **Ergebnis** — die **Erhöhung** des Mindestlohnes um 76 000 Mk. über **die** Inderzahl **hinaus auf** 410 000 **Mk.** die Stunde — ist **keine Folge des Streiks,** sondern auch hier wie bei den Bauarbeitern der hartnäckigen und zielbewußten Arbeit **der Bezirksleitung des DMV. zu verdanken.** Der vor fast drei Wochen **gefällte** Schiedsspruch sah in einem Absatz vor, daß bei Beginn der dritten August**woche beide Parteien,** Arbeiter und Unternehmer, einen Antrag auf Berichtigung der Lohnhöhe **stellen könnten. Davon** machte die **Bezirksleitung** auf Grund der Beschlüsse einer **Bevollmächtigtenkonferenz des DMV.** Gebrauch, und **aus diesem Grunde** — **nicht weil gestreikt** oder **noch** gestreikt wurde — fand die Verhandlung **statt. Die Bezirksleitung verschaffte** sogar **den kommunistischen Beauftragten** die Gelegenheit, die Forderungen, die der **„Massenkampf"** nach **Streik-Ende** noch den Metallarbeitern zur Durchführung serviert hatte, zu vertreten. Hierbei betonte der eine kommunistische Vertreter, **Lehnert,** daß **auch er diese Forderungen für undurchführbar halte; sie sollten ja auch nur den Sturz des Kabinetts Stresemann bewirken.** Die Folge dieser Begründung der Forderungen war folgender **Schiedsspruch** des Schlichtungsausschusses:

I. Die vier Forderungen der hallischen Ortsstelle, vertreten durch **die zwei Mitglieder** der Verwaltung **Lüttich** und **Lehnert: 1. Wirtschaftsbeihilfe von 20 Millionen Mark; 2. Als Grundlohn den Friedenslohn von 60 Goldpfennig gleich 550 000 Mk. die Stunde für den über 28 Jahre alten Facharbeiter;** 3. Bezahlung der Streiktage; 4. Keine Maßregelung **wegen des** Streiks, werden einstimmig **abgelehnt,** 1. da sie ausdrücklich als **politische** Forderungen gestellt und **begründet** worden sind und der Schlichtungsausschuß lediglich über wirtschaftliche Forderungen zu entscheiden hat, 2. da sie außerdem nicht dem Tarifverhältnis entsprechen, **welches durch die beiderseitige Annahme** des Schiedsspruches vom 30. Juli begründet worden ist.

II. **Die Ortsstelle Halle wird aufgefordert, unverzüglich neue Forderungen im Rahmen des Tarifverhältnisses, das durch den Schiedsspruch vom 30. Juli begründet worden ist, einzureichen.**

„In der **Begründung** des Schiedsspruches **heißt es:** Der Schlichtungsausschuß ist lediglich zuständig zur Entscheidung über wirtschaftliche Forderungen und zur Ausgleichung der wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die beiden Mitglieder der hallischen Ortsverwaltung Lehnert und Lüttich haben die erwähnten vier Forderungen, wie sich aus ihrem Inhalt von selbst ergibt, als politische Forderungen gestellt und politisch begründet. Dem Schlichtungsausschuß ist es gesetzlich verboten, über die Bezahlung von Tagen, an denen die Arbeit niedergelegt worden ist, zu entscheiden, wenn die Arbeitsniederlegung, wie die beiden erwähnten Vertreter dargelegt haben, aus politischen Gründen erfolgt ist. Wenn die beiden erwähnten Vertreter ausführten, sie hätten den politischen Streik am 15. August abgebrochen und führten nun vom 16. August an den Streik als **wirtschaftlichen Streik** weiter, so ist das **nur eine Verschleierung der politischen Bestrebungen.** Das ergibt sich besonders deutlich daraus, daß dieser **angeblich** wirtschaftliche Streik ein grober Tarifbruch ist. Zu der Forderung eines Friedenslohnes von 60 Goldpfennigen gleich 550 000 Papiermark und 20 Millionen Wirtschaftsbeihilfe führte das Mitglied der Ortsverwaltung Lehnert aus, **sie seien sich darüber klar, daß diese Forderungen nicht erfüllt werden könnten und daß sie auf diese Weise bezweckten, die Reichsregierung Stresemann zu stürzen.** Die Darlegungen gaben Veranlassung, daß der Schlichtungsausschuß sich mit **diesen** Forderungen nicht befassen durfte, da ihr politischer Charakter unzweideutig gekennzeichnet ist. Er würde gegen das Gesetz verstoßen, wenn er sich mit diesen Forderungen beschäftigte. Andererseits war es notwendig, die Ortsstelle Halle zu veranlassen, neue Forderungen im Rahmen des bestehenden Tarifverhältnisses einzureichen"

Jetzt **zogen** nun die **Höcker, Lehnert** und Genossen die Forderungen auf **20 Millionen Mark Wirtschaftsbeihilfe, auf 60 Pfennig Goldlohn, auf Bezahlung der Streiktage, auf Unterlassung von Maßregelungen zurück** und übrig blieb noch die **Forderung der Bevollmächtigtenkonferenz auf Erhöhung des Mindestlohnes,** die auch **erreicht wurde, nachdem auf die ungeschwächte Kampfkraft der Magdeburger und Anhalter Metallarbeiter hingewiesen worden war, die es abgelehnt hatten, den Unsinn eines „Generalstreiks" mitzumachen.** Also nicht den blöden kommunistischen **Drahtziehern,** sondern **der gewerkschaftlichen Disziplin der Magdeburger und Anhalter Metallarbeiter** haben die **hallischen** Kollegen die Erhöhung des Mindestlohnes zu verdanken. **Nicht 20 Millionen Wirtschaftsbeihilfe, sondern zum großen Teil 20 Millionen Lohneinbuße und mehr hat ihnen kommunistische Gewissenlosigkeit eingebracht.**

Keine Stimme regte sich in der Funktionärsitzung gegen die Ausgabe aller mit soviel Lärm erhobenen kommunistischen Forderungen. Sie waren ja nach Aussage von Lehnert **undurchführbar.** Aber sie hatten ihren Zweck erfüllt. die Metallarbeiter für 3 **bis 5 Tage aus** den Betrieben gelockt. Mit einem Seufzer der Erleichterung wurde von den Funktionären die Entscheidung des Schlichtungsausschusses begrüßt. Ueber die **Aufnahme der Arbeit** wurde wie über eine **Selbstverständlichkeit** gesprochen. Aber in den Arbeiterwohnungen hauste der Hunger und die Verzweiflung.

P. T.

Die Lohnbewegung im Baugewerbe.

Der Schiedsspruch durch die Unternehmer abgelehnt.

Seit Monaten sind die Bauarbeiter des **Bezirks Sachsen-Anhalt** in der Lohnfrage stiefmütterlich behandelt worden. Nicht nur, daß die Bauarbeiter in den umliegenden Bezirken durchweg höhere Löhne hatten, auch alle anderen Berufe im Bezirk wurden bedeutend besser entlohnt. Diese Härte mußte endlich einmal beseitigt werden. Die Parteien in einer kleinen Kommission waren darin einig, daß auf dem Wege der freien Verhandlung für die Zukunft der Gleichklang hergestellt werden müßte. Gleich das erste Angebot der Unternehmer brachte denn auch einen Spitzenstundenlohn von 428 310 Mk., das im Laufe der Verhandlung auf 450 000 Mark erhöht wurde. Damit war nach Meinung der Arbeitervertreter der volle Ausgleich um so weniger gegeben, als noch für die Zeit vom 9. bis einschließlich 11. August nur ein Spitzenstundenlohn von 136 500 Mk. gezahlt werden sollte. Im Freistaat Sachsen ist der Grundlohn auf 196 000 Mk. festgelegt worden. Unter Hinzurechnung der eingetretenen Teuerungsziffer verlangten daher die Arbeitnehmervertreter, daß ein bedeutend höherer Lohnsatz festgelegt werden müsse. Das Bezirkslohnamt kam dann auch **einstimmig** zu nachstehendem, bereits mitgeteilten Schiedsspruch:

„Als Spitzenlohn für die Zeit vom 13. bis 18. August 1923 einschließlich wird ein Stundenlohn von 500 000 Mk. festgelegt. Dieser Lohn gilt zugleich als Grundlohn für den Monat August 1923 im Sinne des § 2 des Zusatzabkommens zu dem am 5. Juli 1922 abgeschlossenen Reichstarifvertrag vom 9. August 1923."

Wirtschaftspolitik.

Berliner Produktenbörse.

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen vom 18. August.

Produkte	50 Kilogramm in Mark heute	50 Kilogramm in Mark Vortag	Produkte	50 Kilogramm in Mark †) heute	50 Kilogramm in Mark †) Vortag
Weizen, märk.	[illegible]	6300-6600000	Leinsaat **)	—	—
" pomm.	—	—	Viktoria-Erbsen	10—13000000	9,5-12500000
" schles.	—	—	Kl. Speise-Erbsen	[illegible]—10000000	8500-9500000
Roggen, märk.	[illegible]	[illegible]	Futter-Erbsen	—	—
" pomm.	—	—	Peluschken	—	—
" schles.	—	—	Ackerbohnen	—	—
" westpr.	—	—	Wicken	—	—
Gerste, Sommer	[illegible]-6000000	[illegible]-5500000	Lupinen, blaue	—	—
" neue Sommer	5030-5400000	5000000	" gelbe	—	—
Hafer, märk.	6000-6250000	5000-5500000	Serradella	—	—
" schles.	—	—	Rapskuchen	[illegible]	[illegible]
Mais loko Berlin	—	—	Leinkuchen	—	—
waggonfr. Hamb.	—	—	Trockenschnitzel	[illegible]	[illegible]
Weizenmehl *)	24—26000000	21,5-23500000	Vollwert. Zucker-		
Roggenmehl *)	14—16000000	12—14000000	schnitzel	4000000	3800-4000000
Weizenkleie **)	3000-3200000	3000-3200000	Kartoffelflocken	4600000	4000-4200000
Roggenkleie **)	[illegible]-5000000	3400-3500000	Torfmelasse		
Raps **)	[illegible]	6000-6500000	Mischung 30/70	2000-2300000	1900-2200000

*) 100 kg. **) 50 kg brutto einschl. Sack. †) ab Station.

Ich bekenne.

28] Roman von Clara **Müller-Jahnke.**

[Nachdruck verboten.]

Am anderen Morgen war der Himmel rein. Mit zwei großen Körben am Arm ging ich zum Einkaufen auf den **Wochenmarkt.** Da kam der **kleine** Gymnasiallehrer **hinter** mir her. Ich fühlte seine **Nähe, bevor ich ihn sah; aber ich** blickte mich **nicht um.**

„Fräulein **Wilma,** sind Sie wohlbehalten? **Das war ein** Wetter in der Nacht! Ich habe mich geängstigt um Sie!"

Halb erstickt kamen **die** Worte aus seiner Kehle. **Die kalten,** harten Worte! Aus seiner Seele aber züngelte **der Blitz . . .**

Mit einem freundlichen Lächeln drehte ich mich **zu ihm herum** und sagte mit leicht **bedeckter** Stimme:

— „Und ich habe die ganze Nacht an Sie gedacht — —"

Sieh mich nicht so strafend an, du Liebling! **Eine bewußte** Lüge war das nicht. Ich hatte wahrhaftig in dieser **Wetternacht** an den kleinen, sympathischen Menschen im Nebenhause **gedacht,** der so lieb von seiner alten Mutter und von seiner Schwester zu plaudern wußte, die er mit seinem **knappen Lehrergehalt zu versorgen** hatte.

Die Art und Weise aber, **in der ich ihm das sagte, der Zweck,** den ich dabei verfolgte, der stempelte mich zur Lügnerin!

Heraus aus der Enge, aus der Oede heraus wollte ich — um jeden Preis!

Ich liebte den Mann nicht, und dennoch hätte ich ihn gern geheiratet. War doch die Heirat die einzige standesgemäße Zuflucht für mich! Und kein Franz Leonhard durfte an mich herantreten mit seinem gleißenden Lächeln, sobald ich den goldenen Ring trug! Und dieser Mann war lieb und gut, war wie **Wachs** in meiner Hand.

Das fühlte ich.

So wurde ich kokett. Ich ging mit ihm spazieren **in den** schattigen **Strandwaldungen meiner neuen Heimat; ich fuhr mit ihm auf** schwankendem **Bretterboden durch die tobenden Wogen des baltischen Meeres.**

Am vorletzten Tage **seines** Aufenthalts **hab' ich sogar meine** kleine Cousine, die meine getreue Begleiterin war, **vom Strande** heimgeschickt, weil ich allein **mit ihm** sein, **weil ich eine Erklärung aus ihm herauslocken wollte.**

Ou **du: Gott hat mich bewahrt. Derselbe Gott, der dich an** mein **Herz** geführt hat!

Todunglücklich wäre **ich geworden mit diesem weichen, guten** Menschen. Das weiß ich **jetzt.**

Die Schwüle des ungesprochenen **Wortes** lag zwischen uns an **jenem Tag.** Wir standen **Hand** in Hand an **Bord** des Dampfers **und verfolgten den Flug der Möwen hoch über** unserm Haupt. Und unsere Gedanken flogen rascher und flatterten ängstlicher als **die Boten des Sturmes.**

> Fühlst du die Bretter schwanken?
> **Schon brandet dumpf das Meer.**
> Am Horizonte lagern
> Die Wolken schwül und schwer . . .
>
> **Ha: Wogen und Blitz und Stürme!**
> **Mir wird so froh zu Mut:**
> **Ich führe mit dir zusammen**
> Durch die wildeste Flut!

Ueber Wogen und Blitz und Stürme hinaus flogen **unsere** Gedanken **in ein enges, trauliches,** dämmerungumsponnenes **Zimmerchen.** Da flackerte **das Kaminfeuer** hell auf, und ein **Mann** saß da im gepolsterten **Lehnstuhl, ausruhend** von des **Tages** harter Last. **Mit friedetiefen Blicken sah er in die wogende Glut. Und** ein **Weib** trat zu ihm **und bot ihm den** wärmenden **Trank in** kunstvoll getriebener Schale **und bot ihm den** Mund mit seligem Lächeln zur Labe dar . . .

Und die **Schale war ein Hochzeitsgeschenk. Ja, du: eine** Hochzeit mit **Myrtenkranz und Tüllschleier, mit Brautjungfern im rosa** Tarlatankleid **und künstlichen Granatpuffs** im **hochtoupierten** Haare hab' **ich mir damals erträumt! Ich habe** sogar an den Brautwagen **und die Lendemaintoilette gedacht. Ob der kleine** Gymnasiallehrer auch an den Hochzeitsfrack und den Myrtenstrauß im Knopfloch **gedacht** hat? — **Gott** weiß es allein!

Als aber **das Schiff von der kurzen Vergnügungstour zurück** dem **heimatlichen Ufer näher und immer näher kam, da sog er den Atem** aus tiefster Brust empor und sagte:

„Fräulein Wilma, ich muß nun heim — —"

Sein Blick ging über mich hin, bange fragend, irrend fast.

„Warum **müssen** Sie?"

„Die Pflicht. Zum erstenmal die **harte** Pflicht. Aber —" **und** mit festem Druck legte seine Hand sich um die meine — „ich **komme wieder, sobald ich ein freier Mann geworden bin."**

Das war ein Eid, von seiner Seite. **Mir wollte er keine Fessel um den** Arm **legen,** als er ging —

Ich **habe** drei, **vier** Jahre lang **gewartet auf seine Wiederkehr.** Ich **habe** zwei, **drei** Jahre lang **geweint um meinen** Sommertraum.

Ich habe diesen **Mann** nicht **geliebt, aber an meines** Lebens **Horizont** hat er gestanden **wie die Fata Morgana der Wüste.**

Und als die Jahre gingen und kamen und als er nicht wiederkehrte, da — ach Gott, du, da . . .

Als er **wiederkam, war es zu spät.**

•

Du, **ich habe Sehnsucht nach dir. Eine** rasende, fiebernde, schütternde Sehnsucht **habe ich.**

So **stark und gewaltig, daß sie mich fast nicht schreiben läßt . . .**

Was soll ich dir auch schreiben? Wie soll ich dir den blassen, kühlen Zukunftstraum meiner vierundzwanzig Jahre schildern in dieser flammenden Herbstabendsonnenpracht?

Die lügen, die da **sagen,** daß die heißeste Glut in der Jugend loht. Die heißeste Glut ist ein vollbewußtes, reifes, rasendes Verlangen, **das alle einengenden Fesseln zersprengt.**

Und **die Jugendliebe! O, die Jugendliebe, du! Das sind Phantome, blasse Schatten,** die nicht Blut und nicht Leben **haben, die ganz Ahnung** sind, ganz Stimmung nur: **eine** lilafarbene, bleiche, sezessionistische Frühsommerabendstimmung.

Und all ihre Formen sind verzerrt.

Ueberschlanke, gespensterhafte, sehnsuchtkranke Gestalten sind es: die **heben** ihre müden **Arme** in den sterbenden **Himmel empor, und ein feiner blauvioletter Flor legte sich leise, leise und lautlos über das** erste **knospende** Grün.

Das ist noch alles Träumen und Ahnen nur, ein Träumen, dessen Erfüllung **niemals** kommen wird — so **eine müde, sterbens**selige **Glücksahnung. Ein Hauch von Reif weht durch die Dämmerung.**

Du aber: mein Leben, mein Fleisch und mein Blut —!

Hast du den Septemberhimmel gesehen in seiner fiebernden Glut? **Den Septemberhimmel auf dem Meere?**

Tief unten flutet das Leben. Es flutet, Seele, **es wogt nicht.** Alles ist still; ein leises, ruhiges Atmen hebt die See. Ein befriedigtes Atmen. Sie hat sich ausgetobt an diesem leuchtenden Tage — und sie weiß, was kommen wird.

Sie **weiß,** was kommen wird.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230820-15/fragment/page=0003

In der „Allgemeinen Zeitung“ und anderen von dem kapitalistischen Unternehmertum subventionierten Blättern wurde das Zustandekommen des Schiedsspruches in der folgenden, höchst bezeichnenden Weise mitgeteilt:

„Das Bezirkslohnamt für das Baugewerbe fällte den Schiedsspruch, daß den Maurern als Spitzenlohn vom 18. August an 500 000 Mk. zu zahlen sind. Diese Löhne sollen als Grundlöhne gelten. Sie erhöhen sich um die jeweilige Reichsindexziffer. Die Arbeitgeber lehnten den Schiedsspruch ab, da landwirtschaftliche und industrielle Auftraggeber sowie private Bauherren unter solchen Verhältnissen ihre Aufträge zurückziehen würden. Zudem bedeute bei einem Dollarstand von 2,5 Millionen Mark ein Spitzenlohn von 500 000 Mk. 84 Pfennig Friedenslohn. Das sei aber auch im Frieden niemals gezahlt worden und jetzt um so weniger möglich, wo Deutschland verarmt sei und der Achtstundentag bestehe.“

Eine eigenartige Stellungnahme, die seitens der Arbeitgeber des Baugewerbes beliebt wird. Nachdem ihre Vertreter im Bezirkslohnamt dem Spruche, der einstimmig gefällt worden ist, zugestimmt haben, lehnen sie diesen nachträglich ab, weil er den Bauarbeitern für wenige Tage einen höheren Lohnsatz bringt. Vom Baugewerksbund ist die Regierung sofort unterrichtet worden. Es darf erwartet werden, daß diese sofort energisch eingreifen und die Unternehmer veranlassen wird, noch nachträglich dem Schiedsspruch zuzustimmen. Es ist eine totale Verkennung der Verhältnisse, wenn die Unternehmer deswegen den Schiedsspruch abgelehnt haben sollten, weil der „Klassenkampf“ unter der Ueberschrift: „Eine halbe Million Stundenlohn“ wie folgt darüber berichtet:

„Die Bauunternehmer in Halle haben unter dem ungeheuren Drucke der streikenden Massen jetzt einen Stundenlohn in Höhe von 500 000 Mk. den Bauarbeitern zugestanden. Damit haben die Bauarbeiter als erste Arbeitergruppe die Forderung der Streikenden erreicht, nämlich: einen Mindeststundenlohn von 60 Goldpfennig.“

Der „Klassenkampf“ muß in diesen Tagen natürlich pflichtgemäß alles tun, um das ungeheure Fiasko zu verdecken, das die KPD. mit ihrer letzten Aktion erlitten hat. Darum sucht das Blatt den Anschein zu erwecken, als sei die Lohnvereinbarung im Baugewerbe ein Ergebnis der kommunistischen Generalstreik-Spielerei und als ein Erfolg der Führer der hallischen Bauarbeiter, die Kommunisten seien, zu buchen. Dabei weiß das Blatt ganz genau, daß die Verhandlungen für den ganzen Bezirk geführt wurden; wenn also irgend jemandem hier besonderes Lob ausgesprochen werden soll, dann gebührt dies dem Bezirksleiter des Bauarbeiterverbandes, einem „Verräter“ der verhaßten VSPD.. Mit der kuriosen Goldpfennig-Rechnung will das kommunistische Organ offenbar beweisen, daß die Bauarbeiter nun wieder so leben können wie vor dem Kriege. Der „Klassenkampf“ müßte sich bei den Hausfrauen der Bauarbeiter einmal erkundigen, wie es dort steht. In dem Schiedsspruch ist bei weitem kein Friedensgoldlohn festgesetzt, wie es der „Klassenkampf“ hinstellt, sondern ein Notlohn in des Wortes ganzer Bedeutung. Er reicht wirklich nur aus zur notdürftigen Existenz.

Nachzahlungen im Handels- und Transportgewerbe.

Für die Arbeitnehmer im Handels- und Transportgewerbe für Halle und Umgegend nebst Merseburg vereinbarten die Tarifparteien (Deutscher Verkehrsbund und Arbeitgeberverband), daß noch eine sofortige einmalige Nachzahlung von 83 Prozent auf alle Lohn- und Nebenbezüge, die für die Lohnwoche vom 4. bis 10. August Geltung hatten, zu erfolgen hat. Auf die bestandenen Lohn- und Nebenbezüge, die für die Woche vom 11. bis 17. August in Geltung waren, erfolgt dann für die Woche vom 18. bis 24. August ein Aufschlag in Höhe des Mehr der Reichsindexziffer vom 13. August. Auf diese Löhne soll bis spätestens kommenden Dienstag ein Vorschuß von 50 Prozent zur Auszahlung kommen. Die Lohntabellen stehen den Mitgliedern der Tarifparteien ab Mitte der Woche an den zuständigen Stellen zur Verfügung.

Aus aller Welt.

Irrwege eines Aristokraten.

Einbrecher und Fassadenkletterer.

Aus der Untersuchungshaft wurde der frühere Offizier Wilhelm v. Keudell, der Sohn des ehemaligen Oberzeremonienmeisters des Kaisers, der Berliner Ferienstrafkammer zur Aburteilung wegen nicht weniger als fünf schweren Einbrüchen vorgeführt. Die Verhandlung stieß aber auf Schwierigkeiten, da der größte Teil der Mitangeklagten flüchtig ist. Gegen einen Miteinbrecher, Gerhard Würger, beschloß die Strafkammer auf Antrag des Verteidigers Dr. Schönberg, das Verfahren abzutrennen, um ihn auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Somit verblieben nur auf der Anklagebank v. Keudell und die der Hehlerei beschuldigte Angestellte Anna Riemann. Diese bestritt jede Schuld. Der Angeklagte v. Keudell machte einen völlig zusammengebrochenen Eindruck. Er konnte nur unzusammenhängend sprechen, und dem Vorsitzenden war es nicht möglich, aus ihm herauszubringen, wie er auf diese abschüssige Bahn gekommen ist. v. Keudell ist bereits mehrfach in Irrenanstalten gewesen, **als Offizier eines Freikorps war er wegen Fahnenflucht zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden,** hat die Strafe aber wegen Geisteskrankheit nicht verbüßt. Aus Herzberge ist er später als geheilt entlassen worden. Er hat sich in Spielklubs betätigt und eine Zeitlang von Spielgewinnen gelebt. Schließlich geriet er immer mehr auf die abschüssige Bahn und hat **mit gewerbsmäßigen Einbrechern mehrere sehr ergiebige Einbrüche verübt.** In den verschiedensten deutschen Städten hat er sich so „betätigt“. Sein Verteidiger, Dr. Frey, hat, zunächst einmal die Sachverständigen über den Geisteszustand des Angeklagten zu vernehmen.

Sanitätsrat Dr. Leppmann kam zu dem Gutachten, daß erheblich Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten beständen. Auch Gefängnisarzt Dr. Hirsch war der Meinung, daß hier mindestens ein Grenzfall vorliege. Daraufhin wurde beantragt, auch ein Gutachten des behandelnden Arztes aus der Irrenanstalt einzuholen. Das Gericht beschloß diesem Antrage stattzugeben, so daß die Verhandlung vertagt werden mußte.

Waldbrände in Südfrankreich. Infolge der andauernden Hitze und Trockenheit sind in Südfrankreich, vor allem im Gebirge, zahlreiche Waldbrände ausgebrochen. In der Nähe von Toulouse sind bereits 800 Hektar Wald von den Flammen verheert. Auch in der Sommegegend stehen viele Waldungen in Flammen.

Einsturz eines Kirchendaches unter der Last von 80 Stierkampf-Zuschauern. Aus Madrid wird gemeldet: In Navarra-Donda stürzte während der auf dem Marktplatz abgehaltenen Stierkämpfe plötzlich das Dach der Kirche ein, auf dem achtzig Zuschauer Platz genommen hatten. Zwei Personen wurden getötet und dreißig schwer verletzt.

17 amerikanische Marinesoldaten getötet? Wie die „Chicago Tribune“ aus Panama meldet, sollen nach noch nicht bestätigten Telegrammen 17 amerikanische Marinesoldaten bei einem Aufstand in San Domingo getötet worden sein. Der amerikanische Dampfer „Rochester“ ist dorthin abgegangen.

Lokales Erdbeben in Messina. In der gestrigen Nacht wurden zwei starke Erdbebenstöße in Messina beobachtet, die die Bevölkerung mit panischem Schrecken auf die Straße jagten. Die Stöße dauerten drei Sekunden und waren nur lokaler Natur. Schäden sind keine angerichtet.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: F. O. H. Schulz; für Feuilleton, Genossenschaftliches und Lokales: Hermann Lange; für Gewerkschaftliches, Provinz und Sport: Gottl. Kasparek; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt“ G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 42/44.

Naht- und nagellose Besohlungen? Aufklärungsschrift gratis. 2379
Hartmann & Hansen, Halle a. S., Talamtstraße 9

VSPD

Halle u. Bezirk Merseburg

Sekretariat: Halle (Saale), Harz 42/44. Hinteraebäude, 2 Treppen :: Fernruf 1029

Parteigenossen! Die Aufklärung der Frauen ist zwingende Notwendigkeit. Bringt deshalb zu allen Veranstaltungen der Partei Eure Frauen mit.

Halle.

SAJ. Heute abend ½8 Uhr: Zusammenkunft aller Unterkassierer bei Genossin Bauer. Dienstag. Spielen auf der Peißnitz.

Preßkommission. Mittwoch, d. 22. Aug., abends 7 Uhr: Sitzung im Büro der Genossenschafts-Buchdruckerei.

Ammendorf. Dienstag abend in der „Warte“: Mitgliederversammlung. Reichstagsabgeordneter Genosse Krüger (Merseburg), spricht über: „Die letzten politischen Vorgänge und ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse.“ — Auch die Leser des Volksblatt sind eingeladen.

Delitzsch. Jungsozialisten. Mittwoch, den 22. August 1923, abends ½8 Uhr, in „Stadt Berlin“: Vortrag des Genossen Dr. Bacher (Halle) über: „Was bedeutet uns Schwarz-Rot-Gold“. Genossen, erscheint zahlreich und pünktlich. Gäste willkommen.

Delitzsch. Freitag, den 24. Aug. 1923, abds. 8 Uhr, im „Bismarck“: Erweiterte Mitgliederversammlung. Gen. Schulz-Halle spricht über: Die politische Lage. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist notwendig.

Vereinsanzeiger

Halle.

Republ. Notwehr und Führerbund. Heute, Montag, den 20. August, abends ½9 Uhr: Wichtige Besprechung im Gewerkschaftshaus.

Zentralbibliothek Halle
Burgstraße 27 (Volkspark).
Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhdl., Harz 42/44.

Baugewerkschaft Halle.
Dienstag, den 21. August, abends 7½ Uhr, im „Volkspark“, Restaurationszimmer (Eingang Gosenstraße):

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
Die Ablehnung des am 15. August 1923 vom Bezirkslohnamt gefällten Schiedsspruches.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
2662 Die Ortsverwaltung.

Kochs Künstlerspiele 2622
Bunte Bühne
Jägergasse 1. Dir. A. Koch.
Man spricht von dem unstreit. best.
August-Spielplan

Halle Exerzierplatz
Telephon 8515.
Straßburgers 3-Masten-Circus
mit 2 Manegen
Täglich 7½ Uhr 2659
65 Circus-Sensationen in 2 Manegen
Tägl. 10—1 Uhr Probe-Tierschau
Pferde-Ausstell.
Billetts: Steinbrecher & Jasper, Marktplatz 1. Tel. 6369, und Circus-Kasse 10—1 Uhr und 1 Stunde vor Beginn.

Die veredelte Dauerwäsche Marke „Waschbär“
Seit Jahren beliebt!
Keine Wasch- und Plätt-kosten.
Im Tragen das Billigst!
Dauerwäsche Vertrieb Kl. Berlin 2
1 Treppe Eing. Sternstr.

Volkspark.
Dienstag, abends 8 Uhr:
14. Volks-Konzert
2664

Gold-, Silber-, Platinbruch, alte Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe 2474
kauft laufend
A. Abramowitz
Schmeerstr. 14, I. (Kein Laden).

Weinflaschen, Sekt-, Kognak- und andere Flaschen, Papier und Lumpen kauft Holland, Zapfenstraße Nr. 18. Telephon 4284.

Volkspark Das eigene Heim der Hallisch. Arbeiter

Bekanntmachung.

Infolge Steigerung der Reichsindexziffer auf 436 935 Mk. hat der Kassenvorstand die bisherige Lohnstufeneinteilung durch Aufbau weiterer Lohnstufen wie folgt ergänzt:

Stufe	Arbeitsverdienst für den Tag Mk.	die Woche Mk.	den Monat Mk.	Grundlohn Mk.	Woch.-Beitr. Mk.
19	bis 990 000	bis 6 930 000	bis 29 700 000	900 000	630 000
20	„ 1 200 000	„ 8 400 000	„ 36 000 000	1 100 000	770 000
21	„ 1 400 000	„ 9 800 000	„ 42 000 000	1 300 000	910 000
22	„ 1 600 000	„ 11 200 000	„ 48 000 000	1 500 000	1 050 000
23	„ 1 800 000	„ 12 600 000	„ 54 000 000	1 700 000	1 190 000
24	„ 2 000 000	„ 14 000 000	„ 60 000 000	1 900 000	1 330 000
25	„ 2 200 000	„ 15 400 000	„ 66 000 000	2 100 000	1 470 000
26	„ 2 400 000	„ 16 800 000	„ 72 000 000	2 300 000	1 610 000
27	„ 2 600 000	„ 18 200 000	„ 78 000 000	2 500 000	1 750 000
28	„ 2 800 000	„ 19 600 000	„ 84 000 000	2 700 000	1 890 000
29	und mehr	und mehr	und mehr	2 900 000	2 030 000

Die Lohnstufen 19 bis 23 erhalten Wirkung ab 20. August 1923, die Lohnstufen 24 bis 29 solche erst ab 27. August 1923. Die erhöhten Barleistungen aus den Grundlohnstufen 18 bis 23 werden ab 24. September 1923 gewährt. 2668

Halle a. S., den 20. August 1923.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse.
K. Kleemann, Vorsitzender.

Inserate finden hier weiteste Verbreitung!

Drucksachen
aller Art in sauberster Ausführung fertigt an
Briefbogen / Briefumschläge / Plakate
Programme / Postkarten / Prospekte
Rotationsbetrieb für Massenauflagen
Hallesche Genossenschafs-Buchdruckerei
eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht / Harz 42/44 / Fernsprecher 6605

Werbt unablässig neue Leser!

Zeitungs-Fremdwörter
Unentbehrlich für jeden Zeitungsleser
Zusammengestellt von Karl Werner
Zu beziehen durch die
Volksblatt-Buchhandlung
Halle, Gr. Ulrichstrasse 27

Arbeitsmarkt

Wir suchen tariftreue
Offsetdrucker, Flachdrucker, An- und Umdrucker für Stein und Zink, Hilfsarbeiter, Anlegerinnen und Bogenfängerin.
Kunstdruckerei Gantz & Fuß,
Meldungen nur im Bureau Forsterstr. 47. 2685

Amtliche Bekanntmachungen

Im Namen des Volkes.

In der Strafsache gegen den am 13. April 1880 in Roitzsch bei Bitterfeld geborenen Fleischermeister und Viehhändler **Richard** Karl Ludwig **Zeising** in Halle a. S. wegen Preistreiberei hat das Wuchergericht bei dem Landgericht zu Leipzig am 23. Juli 1923 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen vorsätzlicher Preistreiberei beim Viehhandel zu **zehn Tagen Gefängnis und zwei Millionen Mark Geldstrafe,** hilfsweise zu weiteren 40 Tagen Gefängnis, kostenpflichtig verurteilt. 268

Leipzig, den 17. August 1923.

Die Staatsanwaltschaft Leipzig.

Piesteritz

Auslegung der Urliste.

Die Urliste derjenigen Einwohner, welche zu dem Amte eines Schöffen bezw. Geschworenen berufen werden können, ist für das Jahr 1924 aufgestellt worden und liegt vom 18. bis 25. August im Gemeindeamt, Zimmer 1, öffentlich aus. Gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit kann innerhalb der einwöchigen Frist bei uns Einspruch erhoben werden. 266

Piesteritz, den 17. August 1923.

Der Gemeindevorsteher.

Wo sollst Du kaufen?
Nur bei dem Kaufmann, der Deine Zeitung durch Inserate unterstützt!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230820-15/fragment/page=0004

Deckung von Fehlbeträgen der Gemeinden.

Gleichmäßige Heranziehung beider Realsteuern.

Bei den Beratungen des Gesetzes über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen vom 14. Februar 1923 wurde die Forderung zum Ausdruck gebracht, es möge dafür Sorge getragen werden, daß der von den Gemeinden zu deckende Fehlbetrag ihres Haushalts möglichst auf die Grund- und Gebäudesteuer sowie auf die Gewerbesteuer gleichmäßig verteilt werde. Der gleiche Gedanke hat schon im § 56. 1 des Kommunalabgabengesetzes einen gesetzgeberischen Ausdruck gefunden. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ersuchen der Minister des Innern und der Finanzminister in einer gemeinsamen, diesen Gegenstand betreffenden Verfügung, bei der Ueberprüfung der Umlagebeschlüsse der Gemeinden darauf zu achten, daß die Fehlbeträge in den Gemeindehaushalten nicht überwiegend durch die eine dieser beiden Realsteuern gedeckt, sondern durch eine möglichst gleichmäßige Belastung beider Realsteuern aufgebracht werden. Die innere Gleichmäßigkeit in der Belastung der beiden Realsteuern läßt sich dadurch erreichen, daß, entsprechend dem geringwertigeren Simplum der Grundsteuer gegenüber dem der Gewerbesteuer die Zuschläge zur Grundsteuer höher als die zur Gewerbesteuer bemessen werden. In welchem Verhältnis diese Zuschläge zueinander stehen müssen, um die innere Gleichmäßigkeit der Belastung zu erreichen, wird von Fall zu Fall unter Berücksichtigung des Wertverhältnisses der beiden Realsteuern in der betreffenden Gemeinde hinreichend festgestellt werden können.

Die Straßenbahn ist billig.

Von unterrichteter Seite wird uns das Folgende mitgeteilt: Die Berliner Straßenbahn, die ab 20. August einen Fahrpreis von 100000 Mk. nimmt, beabsichtigt nach einer Mitteilung im „Berliner Tageblatt", ihren Betrieb zu schließen. Das gleiche Schicksal steht der Einwohnerschaft von Halle bevor, wenn sie davon absieht, ihre Bahn zu benutzen, weil ihr der Fahrpreis zu hoch erscheint. Er beträgt hier 50 000 Mk. und mehr, das sind aber nur 5 Goldpfennige. Man vergleiche die Preise für Margarine, Wurst, Schuhe, Mehl, Zucker, Kleidung; sie alle gehen meist über den Dollarstand hinaus. Was kostet sonst die einfachste Sache? Zum Beispiel ein Glas Bier?

Mit einer Stillegung hängt umfangreiche Arbeitslosigkeit zusammen. Sollen wir die Arbeitsgelegenheit gewaltsam vernichten? Unsere Straßenbahn hat seit langer Zeit die niedrigsten Fahrpreise gehabt; sie hat sie auch jetzt. In anderen Städten kostet das Fahren erheblich mehr. In Leipzig z. B. 160 000 Mk. Die Bürgerschaft wird gebeten, dieses Opfer solange weiterzutragen, wie sie es irgend vermag. Einschränkungen oder gar eine gänzliche Stillegung dieses Betriebes wäre von unabsehbaren Folgen. Die Leute, welche das Geld für die Straßenbahnfahrt tatsächlich nicht aufbringen können, benutzen sie schon lange nicht mehr. Der Teil der Einwohnerschaft aber, der dazu in der Lage ist, soll nicht kleinlich feilschen. Fremde, die nach Halle kommen, finden den hiesigen Fahrpreis niedrig.

Elend und Lustbarkeit.

Neue Bestimmungen über die Polizeistunde.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Genosse Hörsing, hat eine Verordnung erlassen, in der es heißt:

Für Cafés, Gast-, Speise- und Schankwirtschaften sowie für Theater, Lichtspielvorführungen, Varietés, Kabaretts und für alle Darbietungen, welche bei gewerbsmäßiger Veranstaltung einer Erlaubnis nach § 33a der Reichsgewerbeordnung bedürfen, wird als Polizeistunde die Zeit von 12 Uhr nachts bis morgens 6 Uhr festgesetzt. Während dieser Zeit sind alle Räume für den Verkehr geschlossen zu halten. — Vorstehende Vorschriften beziehen sich nicht auf das Verabreichen von Speisen und Getränken an Durchgangsreisende auf Bahnhöfen, welche sich als solche durch den Besitz einer Fahrkarte ausweisen können, und an Hotelgäste, welche nach einer Uebernachtung im Hotel mit Frühzügen vor 6 Uhr morgens abreisen.

Die Bestimmungen über die Polizeistunde finden auch Anwendung für geschlossene Gesellschaften (Klubs, Logen usw.) in den zu einer Gast- oder Schankwirtschaft gehörigen oder mit einer solchen in Verbindung stehenden Räumen, soweit damit ein gast- oder schankwirtschaftlicher Betrieb verbunden ist.

Die Polizeistunde wird auch auf Räume ausgedehnt, die im Eigentum geschlossener Gesellschaften stehen oder von ihnen ermietet sind, falls in den Räumen Gast- oder Schankwirtschaft betrieben wird.

Oeffentliche Tanzlustbarkeiten dürfen nur Sonntags, an den zweiten Feiertagen der großen Feste sowie an zwei Tagen in der Woche, die die Ortspolizeibehörde festsetzt, und nur bis zur Polizeistunde stattfinden.

Ausnahmen sind zulässig: a) von den Bestimmungen der §§ 1—3 durch die Ortspolizeibehörde für geschlossene Gesellschaften, Klubs usw. in besonders begründeten Fällen, z. B. bei Abhaltung der jährlichen Stiftungsfeste, Winter- oder Sommerfeste von Vereinen. Die Verlängerung darf durch die Ortspolizeibehörde für einen bestimmten Verein aber nur zweimal jährlich erteilt werden, und zwar darf sie nur um 2 Stunden über die festgesetzte allgemeine Polizeistunde hinaus erfolgen; b) von den Bestimmungen der §§ 1 bis 4 durch die Regierungspräsidenten für gewisse ortsübliche oder volkstümliche Veranstaltungen, z. B. Sängerfeste, Gau-Schützenfeste, Wohltätigkeitsfeste, Gau-Sportfeste und dergl.

Das Verweilen der Gäste über die Polizeistunde hinaus in den Wirtschaftsräumen ist nach dem Notgesetz vom 24. Februar 1923 (RGBl. S. 147ff) verboten und strafbar, ohne daß es einer besonderen Aufforderung zum Verlassen der Schankräume bedarf.

Hinsichtlich des Schutzes der Jugendlichen wird auf die Bestimmungen im Artikel I § 5 des Notgesetzes vom 24. Februar 1923 hingewiesen.

Wer den vorstehenden Bestimmungen vorsätzlich zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu einer Million oder mit einer dieser Strafen bestraft; bei Fahrlässigkeit tritt Geldstrafe bis zu 100 000 Mk. ein. Auch kann die Ortspolizeibehörde die Polizeistunde bis auf 8 Uhr abends herabsetzen.

Parteinachrichten.

Mitgliederversammlung.

Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am Donnerstag, dem 23. August, abends 8 Uhr, im „Volkspark" statt. Wir bitten unsere Mitglieder, sich diesen Abend frei zu halten. Die Tagesordnung wird noch bekanntgegeben.

Der Vorstand der VSPD., Ortsverein Halle.

* **Allgemeine Ortskrankenkasse.** Entsprechend der weiteren Erhöhung der Reichsindexziffer hat der Kassenvorstand mit Wirkung vom 20. August 1923 vier weitere Lohnstufen den bisherigen hinzutreten lassen und sechs weitere Lohnstufen mit Wirkung vom 27. August 1923 vorgesehen, worauf Arbeitgeber und Versicherte besonders hingewiesen werden. (Siehe Bekanntmachung.)

* **Die Zahlung der Pflegegelder für die städtischen Pflegekinder** erfolgt jetzt im Interesse der Beteiligten halbmonatlich voraus. Die zweite Augustrate kann daher sofort beim Jugendamt während der Kassenstunden abgeholt werden.

* **Die neuen Gebühren für Aerzte und Zahnärzte.** Vom 15. August 1923 an betragen die Gebühren der Aerzte und Zahnärzte, wie dem Amtlichen Preußischen Pressedienst vom Volkswohlfahrtsministerium mitgeteilt wird, in Abänderung der Gebührenordnung das 200 000 fache des Friedenssatzes.

* **Die Ludendorff-Parade verschoben.** Die sogenannten vaterländischen Verbände Halles wollten am 2. September das umgestürzte Moltkestandbild in der Poststraße wiederaufrichten und in Gegenwart Ludendorffs einweihen. Im Anschluß daran sollte Ludendorff eine Heerschau abhalten. Die mit großem Geschrei angekündigte Veranstaltung wird jetzt abgesagt, angeblich, weil die Fertigstellung des Standbildes sich bis zum 2. September nicht ermöglichen ließ.

* **Arbeit der Feuerwehr.** Am 15. August mittags wurde die Feuerwehr nach dem Canenaerweg gerufen. Dort war am Bahndamm der Strecke Halle—Leipzig eine größere Grasfläche infolge Funkenflug einer Lokomotive in Brand geraten. Nach halbstündiger Tätigkeit konnte die Feuerwehr wieder abrücken. Am Nachmittag des gleichen Tages wurde die Feuerwehr nach der Röserstraße gerufen. Beim Eintreffen stellte sich heraus, daß die Alarmierung unbefugt erfolgt war. Die Ermittlung nach den Tätern blieb erfolglos.

* **Wem gehört das Fahrrad?** Anfang August 1923 wurde der Kriminalpolizei ein herrenloses Fahrrad, Marke „Heros", übergeben und in Verwahrung genommen. Der Eigentümer wolle sich beim Kriminalbezirk IV, Zimmer 71 des Polizeihauptdienstgebäudes melden.

* **Für 60 Millionen Aktien verschwunden.** In der Zeit vom 21. bis 23. Juli 1923 sind aus einer hiesigen Druckerei 500 Aktien der Eisenacher Bank in Eisenach mit den Nummern 62 001 bis 62 500 Ausgabe April 1923 nebst den dazugehörigen Gewinnanteilscheinen für die Jahre 1923 bis 1932 verschwunden. Vor dem Erwerb der Stücke von nicht einwandfreien Personen wird gewarnt. Nachricht gegebenenfalls an Krim.-Bez. IV erbeten.

* **Straßenräuber.** In der Nacht vom 14. zum 15. August 1923 sind in der Nähe der Zwölfbogenbrücke elf Personen festgenommen worden, die dort vorübergehenden Personen auflauerten und sie beraubten. Bisher hat sich ein Posener Flüchtling gemeldet, der von den Wegelagerern förmlich ausgeplündert wurde. Um ihn am Hilferufen zu verhindern, wurde ihm der Mund zugehalten. Sollten noch andere Personen geschädigt, insbesondere aber auch Fuhrwerke beraubt worden sein, so wird gebeten, der Kriminalpolizei, Zimmer 88, Mitteilung zu machen.

* **Ueberfall.** Am 18. August gegen 1 Uhr früh wurde in der Leipziger Straße ein Uhrmacher von zwei Männern überfallen. Einer der Täter konnte festgenommen und in das Polizeigefängnis eingeliefert werden. Der Ueberfallenene konnte nähere Angaben nicht machen, da er bei dem Ueberfall einen Nervenchock erlitten und außerdem eine Kehlkopfquetschung davongetragen hat. Die Kriminalpolizei hat die Weiterverfolgung aufgenommen.

* **Versuchter Freitod unter der Straßenbahn.** Am 18. August warf sich in der Merseburger Straße ein etwa 20jähriger, anscheinend dem Arbeiterstande angehöriger Mann in selbstmörderischer Absicht vor einen in Richtung Riebeckplatz fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 4. Dabei erlitt der Lebensmüde mehrere Verletzungen. Der hinzugezogene Arzt ordnete die Ueberführung in das Krankenhaus an. Lebensgefahr besteht nicht.

* **Einbruch.** In der Nacht vom 18. zum 19. August wurde in dem Verkaufshäuschen auf Bahnsteig 1 des Hauptbahnhofs ein Einbruch verübt. Gestohlen sind Tabak- und Eßwaren im Werte von mehreren Millionen Mark. Die Täter konnten nicht ermittelt werden.

Film und kleine Bühne.

* **Zirkus Straßburger.** Auf dem einstigen Exerzierplatz hinter der Kaserne an der Dessauerstraße ist seit Sonnabend jene Zeltstadt entstanden, die das fahrende Volk der Zirkuskünstler mit ihren vierbeinigen Kollegen birgt. Zu den wenigen Unternehmungen dieser Art, die den Nöten der Zeit zu trotzen vermochten, gehört der einzig in Europa wandernde Dreimasten-Zirkus Straßburger, der in Halle zu einem Gastspiel seine Zelte aufgeschlagen hat. Der Zirkus bietet insofern etwas Neues, als auf zwei Manegen zugleich sich Künstler von Weltruf produzieren, wunderbare Pferdedressuren gezeigt und die Lachmuskeln in Bewegung gesetzt werden. Das Programm ist so umfangreich und die Leistungen der auftretenden Künstler so vielseitig, daß es einfach unmöglich ist, im einzelnen das Gebotene zu würdigen. Wir begnügen uns deshalb mit der Feststellung, daß es geradezu bewunderungswürdig erscheint, in der heutigen Zeit mit diesen Künstlern und einem so großen Bestand an vorzüglich gepflegten Tiermaterial auf Reisen zu gehen. Wir sehen die edelsten Pferde, vorzüglich dressierte Löwen- und Bärengruppen, genießen allerlei atemraubende Künste, hören die Späße gelungener Clowns und bewundern interessante Reiterkunststücke. Ein Besuch ist deshalb nur zu empfehlen.

Versammlungen und Veranstaltungen.

* **Republikanische Notwehr und Führerbund.** Heute, Montag, den 20. August, abends ¼9 Uhr, wichtige Besprechung im „Gewerkschaftshaus".

* **Volkskonzerte im „Volkspark".** Die fortgesetzten Preissteigerungen zwingen auch uns, die Eintrittspreise für die Konzerte wieder zu erhöhen. Die Abonnenten zahlen einen Betrag von 30 000 Mk. nach. Nichtabonnenten haben ein Eintrittsgeld von 40 000 Mk. zu entrichten. Wir hoffen, daß allseitiges Verständnis für diese Notwendigkeit vorhanden ist.

Eine Hölle zu verkaufen.

Von dem gewaltigen, mehr als 4000 Inseln und Inselchen umfassenden ostasiatischen Archipel, der das japanische Kaiserreich bildet, ist nur noch ein verhältnismäßig unbedeutender Teil, die Nordhälfte der Insel Sachalin, in russischem Besitz. Jetzt hat Japan der Sowjetregierung den Vorschlag gemacht, ihm auch den Nordteil von Sachalin gegen eine Zahlung von 150 Millionen Yen käuflich abzutreten. Da der Vertreter der Sowjetregierung jedoch die Kleinigkeit von 1 Milliarde Goldrubel dafür verlangt hat, so haben sich die Verhandlungen einstweilen zerschlagen. Aber früher oder später werden die beiden Kontrahenten sicherlich irgendwie auf der mittleren Linie zusammenkommen. Denn Rußland wird sich sagen müssen, daß es seinen Anteil an der Insel Sachalin auf die Dauer doch nicht wird halten können, wenn die Japaner ihn unbedingt haben wollen. Zudem kann Rußland Sachalin sehr gut entbehren, da es in Sibirien alles das, was es auf Sachalin zu holen gibt, unendlich viel reicher hat. Den Südteil der Insel bis zum 50. Grad nördlicher Breite hat Rußland im Frieden von Portsmouth an Japan abtreten müssen.

Man darf wohl ohne weiteres annehmen, daß sich das heutige Rußland sehr gern von Sachalin trennen wird, aber natürlich kann man es der Regierung in Moskau nicht verdenken, daß sie, die so nötig Geld braucht, mit dem Rest der Insel ein möglichst gutes Geschäft zu machen trachtet. Vor allem sind für das Rußland von heute allzu üble Erinnerungen mit Sachalin verknüpft; denn dort haben sich unter dem zaristischen Rußland die gefürchtetsten Strafkolonien für politische Verbrecher befunden, und lange Zeit hindurch war Sachalin eine Hölle auf Erden, in der vermutlich mancher von denen geschmachtet hat, die heute das ehemalige Zarenreich regieren. Bei der Abgelegenheit der Insel, die zeitweilig fast nur mit Sträflingen besiedelt war, kamen verhältnismäßig selten Schilderungen über das Leben der Sträflinge nach Europa; aber was gelegentlich von entkommenen Gefangenen über die Leiden der Häftlinge in den Strafkolonien berichtet wurde, war grauenerregend. Und die Flucht war, solange die ganze Insel russisch war, völlig unmöglich. Erst nach 1905 gelang es hie und da einem Sträfling, über die japanische Grenze zu entkommen.

Die gesamte Urbevölkerung von Sachalin zählt nur etwa 4000 Köpfe; es sind teils Giljaken und Aino, teils Orotschen und Tunguisen. Die Russen gründeten zuerst im Jahre 1857 den Port Dui an der Westküste in dem noch jetzt russischen Nordteil. Aber erst im Jahre 1880 begann die systematische Verschickung zuerst von gemeinen, dann auch von politischen Verbrechern. Die Gesamtbevölkerung betrug am Ende der russischen Herrschaft über die ganze Insel etwa 28 000 Köpfe, darunter nur ein Viertel Frauen. Seither dürfte, da beim Ausbruch der russischen Revolution alle Gefangenen freigelassen worden sind, der Nordteil nur noch eine ganz geringe Einwohnerzahl haben, wogegen die südliche Hälfte der Insel, der japanische Besitz, sicherlich schon eine nach hunderttausende zählende Bewohnerschaft hat; denn die Japaner verstehen mit großem Geschick zu kolonisieren.

Warum wollen die Japaner nun auch noch den unwirtlichen Nordteil von Sachalin haben? Zunächst natürlich aus Prestigegründen; dann aber auch wegen der dort vorhandenen wirtschaftlichen Werte. So gibt es bei Dui an der Westküste Kohlen, ebenso im Innern und an der Ostküste. Besonders wertvoll ist der Norden aber durch seine ergiebigen Naphthaquellen, die das seefahrende Japan ebenso gut gebrauchen kann, wie die Kohle. Außerdem hat Nordsachalin wertvolle Pelztiere; auch der Zobel kommt dort noch vor. Ein paar hundert Millionen Yen ist das nördliche Sachalin also schon wert, zumal, da die im Norden noch wenig durchforschte Insel möglicherweise noch andere Naturschätze in ihren Bergen verbirgt. Landwirtschaftlich ist allerdings in dem Lande nicht viel zu holen. Denn das Klima ist sehr rauh und wird nur an der Süd- und Westküste durch die warmen Meeresströmungen gemildert. Im Winter herrschen heftige Stürme, im Sommer kalte, dicke Nebel. Die Vegetation gleicht der Nord-Sibiriens: Tundren und Urwald aus Nadelhölzern nehmen weite Gebiete ein. An wilden Tieren gibt es Bären, Füchse, Moschustiere, Renntiere, Seeottern und besonders zahlreich Zobel. Auch der sibirische Tiger überschreitet im Winter gelegentlich die gefrorene Meerenge zwischen Sachalin und dem sibirischen Festland. Das verbreitetste Haustier ist der Hund, der meist als Zugtier dienen muß, da Pferde und Rinder nicht heimisch sind und erst von den Russen und Japanern eingeführt wurden. Die neue japanische Bevölkerung im Süden widmet sich hauptsächlich dem Fischfang im Ochotskischen Meer, der sehr ergiebig ist.

Schon vor 1905 war Japan einmal, 20 Jahre hindurch, Mitbesitzer von Sachalin gewesen. Aber im Jahre 1875 hatte es seine Ansprüche gegen die Ueberlassung der Inselkette der Kurilen an Rußland aufgegeben. Sachalin ist übrigens seiner Ausdehnung nach ein recht ansehnliches Gebiet. Der Gesamtumfang beträgt etwas über 75 000 Quadratkilometer. Das ist fünfmal so viel wie der Flächenraum des Freistaats Sachsen. Wie die Kurilen im Südosten, so sperrt Sachalin im Südwesten den Eingang ins Ochotskische Meer; von der sibirischen Küstenprovinz, dem Amurgebiet, wird die Insel durch die Tatarenstraße getrennt, die an der schmalsten Stelle nur 10 Kilometer breit ist. Sie ist allwinterlich Monate hindurch fest gefroren; denn Temperaturen von 30 bis 40 Grad unter Null sind in dieser unwirtlichen Zone keine Seltenheit. Und wenn Sachalin seit dem Ende der zaristischen Herrschaft auch nicht mehr im früheren Sinne eine Hölle ist — ein Paradies wird es auch unter den Japanern nicht werden; dafür ist das Klima zu rauh.

Wie der Mensch sein Leben zubringt. Der Wunsch, sein eigentliches, tätiges Leben zu verlängern, hat bekanntlich manche geistig hochstehende Menschen zu dem Versuch geführt, den Schlaf, wenn auch gerade nicht ganz abzuschaffen, so doch stark zu verringern. Solche Versuche hat allerdings der menschliche Organismus häufig mit einem „Unmöglich" beantwortet. Ein dänischer Statistiker hat einmal zusammengestellt, wie ein sechzigjähriger Normalstadtbewohner seine Lebenszeit verbringt. Er ist zu folgender Berechnung gelangt: Es wurden verbraucht: 20 Jahre für Schlafen, 3¾ für Essen, 17½ für Arbeiten, 7½ für Vergnügungen, 6¼ für Spazierengehen, Sport usw., 2¾ für Nichtstun, 2½ für sich anziehen, macht zusammen 60. Gegenüber diesem Bourgeoistypus muß man sich jener Millionen von Arbeitern erinnern, die 12, 13, 14 Stunden lang arbeiteten, ferner auch der Kinder, die von früher Jugend an der Fron überliefert wurden. Jenes Exempel läßt deutlich erkennen, wie segensreich die Einführung des Achtstundenarbeitstages gewirkt hat.

Der Kampf eines Achtzigjährigen um seine Ehre. Ein Mordprozeß, der 45 Jahre zurückliegt, wird jetzt von den Pariser Gerichten von neuem verhandelt. Es ist der Kampf eines jetzt achtzigjährigen Chemikers Danval, der im Jahre 1388 wegen Vergiftung seiner Frau zu lebenslänglicher Deportation verurteilt wurde. Der einzige Beweis gegen ihn war, daß man in der Leiche kleine Mengen Arsenik gefunden hatte. Nachdem er 24 Jahre in Neukaledonien verbracht hatte, wurde er begnadigt. Nun hat er die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt auf Grund eines Gutachtens der chemischen Sachverständigen, demzufolge es jetzt als Tatsache erwiesen ist, daß ein normaler menschlicher Körper ein Milligramm Arsenik, die Menge, die in der Leiche der Frau Danval gefunden wurde, enthalten kann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230820-15/fragment/page=0005
DFG

Aus der Provinz.

Kommunistische Verantwortungslosigkeit.

„Kampfgeist", erzeugt mit dem kommunistischen Hundertschaftsknüppel.

Aus der Fülle der Zuschriften, die uns in entrüsteten Worten den Terror schildern, den die Kommunisten anwandten, um ihren von Moskau befohlenen „Generalstreik" überhaupt zuwege zu bringen und die widerwillig folgenden Massen in Schwung zu versetzen, seien heute folgende zur Kenntnis gebracht:

Der mit großen Versprechungen und Hoffnungen am 13. August begonnene Streik des Kraftwerkes Zschornewitz und der Grube Golpa ist nun vorüber. Am Sonnabendmorgen wurde die Arbeit restlos wiederaufgenommen, ja es wurde sogar in der am Freitagabend 9 Uhr stattgefundenen Versammlung der Belegschaft empfohlen, daß die Nachtschicht bereits um 10 Uhr anfangen sollte. Am Mittag desselben Tages hätte man daran noch nicht geglaubt, denn die Belegschaftsversammlung, welche um 10 Uhr vormittags stattgefunden hatte, beschloß, wenn bis mittags 12 Uhr eine Antwort über die gestellten drei Forderungen nicht eingelaufen sei, die Notstandsarbeiten sofort eingestellt werden sollten. Die Forderungen lauteten: 1. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden, 2. 20 Millionen Wirtschaftsbeihilfe oder Bezahlung der Streiktage, 3. Einstellung eines im Jahre 1921 anläßlich der Märzaktion entlassenen Kollegen des Kraftwerkes und eines vor einiger Zeit entlassenen Kollegen der Grube Golpa. Letzterer war des Diebstahls bezichtigt worden. Beide waren Betriebsratsmitglieder. Man darf aber nicht glauben, daß das Einstellen der Notstandsarbeiten der Wille der Gesamtbelegschaft war, denn wie weit der Terror hier gegangen war, zeigt folgender Zwischenfall: Ein Kollege, welcher Mitglied unserer Partei ist, meldete sich in dieser Versammlung zum Wort. Er hatte kaum 2 Minuten gesprochen, da wurde er **von rohen Fäusten gepackt und zurückgerissen.** Nur durch das Eingreifen eines Werksbeamten ist er vor weiteren Mißhandlungen bewahrt worden. Gleich darauf meldete sich einer der Helden zum Wort und erklärte: **„Jeder Kerl, der es noch einmal wagt, gegen uns zu sprechen, der wird unsere Fäuste zu spüren bekommen."** Hier sieht man ganz deutlich, wie die Kollegen, welche anders über diesen unverantwortlichen Streik gedacht haben, unterdrückt wurden. Wie stark sich die Phrasendrescher gefühlt haben, zeigt noch folgender Ausspruch, den ein Mitglied der Streikleitung bei einer Belegschaftsversammlung getan hat. Der Mann sagte: „Kollegen! Wenn Ihr kein Geld mehr habt, um Euch das Notwendigste kaufen zu können, so sorgt Euch nicht; wir werden Euch dann Lebensmittel unentgeltlich verschaffen." — Man könnte noch eine ganze Reihe derartiger Phrasen, die hier verzapft wurden, aufzählen, aber damit genug. Wie oft hört man in Versammlungen den Ausspruch von derartigen Elementen: Arbeiter, seht Euch Eure Führer an. Arbeiter und Arbeiterinnen von Zschornewitz und Golpa, die Ihr Euch noch ein selbständiges Denken bewahrt habt, seht Euch einmal einige der „Führer" der letzten Tage hier an. Ihr werdet dann finden, daß diese Phrasendrescher nicht in der Lage sind, die Geschicke einer so großen Belegschaft in die Hand zu nehmen. Genossen und Kollegen von Zschornewitz und Golpa, zeigt diesen Leuten, daß Ihr nicht gewillt seid, Euch von solchen Elementen in ein neues Abenteuer stürzen zu lassen. Seid auf der Hut, damit wir nicht wieder ein 1921 und 1923 in Zschornewitz erleben. Die Gelegenheit habt Ihr bei der in einigen Tagen stattfindenden Neuwahl des Arbeiterrates des Kraftwerkes.

Als Folge des kommunistischen „Generalstreiks" sind in den Wolfener Anilinwerken fast alle Arbeiterinnen der Seidenspinnereiabteilungen entlassen worden, weil durch Verweigerung der Notstandsarbeiten für etwa 15 Milliarden Seide verdorben ist und dadurch der Betrieb keine Rohstoffe zur Verarbeitung hat. Wie gewissenlos und mit welchen Mitteln des Terrors die Kommunisten den Streik inszenierten und den fehlenden „Schwung" und mangelnden „Kampfgeist" zu erzeugen versuchten, das schildert eine Arbeiterin schlicht und glaubwürdig etwa so: „Obwohl wir in unserer Abteilung alle arbeiten wollten, wurden wir **mit Knüppeln von der Streikleitung bzw. von sogenannten Rollkommandos von der Arbeit abgehalten.** In der Annahme, es handele sich um einen regelrechten wirtschaftlichen Kampf, bin ich später dann mit in die Versammlung gegangen. Hier fiel mir schon auf, daß die Rednerin Erna Halbe aus Hamburg nur politische Ausführungen machte und wirtschaftliche Fragen zu erörtern fast gänzlich vermied. Zwangsweise in den Demonstrationszug gepreßt, erkannte ich erst die Absicht und Gefahr, als ich, an der Spitze des Zuges eingeordnet, vor der Polizei stand und hinter uns, sorgsam geschützt, die „Leitung". Treffend, leider allzu treffend, meint die Arbeiterin am Schlusse ihrer Schilderung, daß nunmehr die Unschuldigen für die „Taten" anderer leiden müßten.

Alle diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die gelegentlich der letzten kommunistischen Aktion eine Kostprobe moskowitischer Verantwortungslosigkeit und „Klassenbewußtseins" bekommen haben und nun als Opfer kommunistischer Revolutionsspielerei auf der Strecke liegen, wollen und müssen ihren Gewerkschaften und ihren bewährten Führern unter allen Umständen vertrauen. Nur sie sind zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter berufen und bereit. **Niemand anders!**

Die kommunistische Bauernregierung.

Auf dem berühmt gewordenen Betriebsräte-Kongreß in Halle wurde durch unseren Genossen Hesse an Räte-Koenen die Frage gestellt, wie er sich denn die Bildung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung vorstelle und mit welchen Bauern die KPD. die Regierung zu bilden gedenke. Denn gerade die Bauern seien ja die Mitschuldigen an der zu einer Katastrophe ausgewachsenen Hungersnot. Der sonst um keine Antwort verlegene Koenen drückte sich nach allen Regeln der Kunst um die Beantwortung dieser allerdings sehr heiklen Frage. Jetzt verrät der „Klassenkampf" in seiner gottvollen Ahnungslosigkeit dies Geheimnis durch einen Aufruf des „Bundes der schaffenden Landwirte". Darin wird zunächst versprochen, alle kommunistischen Forderungen restlos zu erfüllen. Dann heißt es weiter:

„Wir schaffenden Landwirte sagen Euch Arbeitern und Angestellten: Die Berechtigung Eurer Forderungen erkennen wir voll und ganz an. Wir richten aber an Euch die Aufforderung: unterlaßt die gewaltsame Wegnahme von Nahrungsmitteln in klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften, wie es verschiedentlich der Fall war. Verschärft nicht den Gegensatz zwischen der schaffenden Bevölkerung auf dem Land und Euch! Sorgt für ein gutes Einvernehmen zwischen uns und Euch!

Gleichzeitig fordern wir alle diejenigen auf, die durch ihre schwere Arbeit in der Landwirtschaft den Ehrennamen „Bauer" verdienen, die Arbeiter und Angestellten zu unterstützen.

Stellt den Streikleitungen der Arbeiterschaft Nahrungsmittel zur Verfügung! Sorgt gemeinsam mit den Kontrollausschüssen der städtischen arbeitenden Bevölkerung dafür, daß die auf den großen Gütern vorhandenen und zurückgehaltenen Nahrungsmittel beschlagnahmt und in die Städte gebracht werden! . . .

Die notwendigen Maßnahmen kann und wird nur eine Regierung durchführen, die von der schaffenden Bevölkerung in Stadt und Land gebildet wird. Wir machen deshalb den Arbeitern und Beamten, ganz gleich, welcher Partei sie angehören (!!) den ehrlichen Vorschlag, gemeinsam mit uns dafür zu wirken. Selbstredend verlangen wir, daß bei einer solchen Regierung uns solcher Einfluß zukommt, wie er unserer Bedeutung entspricht. Wollen die Arbeiter und Beamten in Stadt und Land diesen Vorschlag akzeptieren, dann legen wir schaffenden Landwirte zuversichtlich unsere Hand in die ihrige. **Es lebe die Regierung der schaffenden Bevölkerung!"**

„Es lebe der Volksbetrug!" muß es heißen. Denn dieser Bauernaufruf ist eine neue kommunistische Erfindung. Unterzeichnet ist er: A. Brehm, Bauer (Schlesien); E. Gäbler, Bauer Wadenst Bischoff, Bauer (Thüringen). Warum nicht Kulicke, Bauer (Europa)? Das wäre doch mindestens ebenso zuverlässig wie Bischoff aus Thüringen.

Also die Arbeiter- und Bauern-Regierung kommt; sie marschiert bereits an. Eine Kampfgemeinschaft hat sie auf den Schild erhoben, der keine Macht der Welt widerstehen kann: die Bauern und die kommunistischen Bauernfänger. Die „Rote Fahne" kündigt schon den Sturm an, der sie uns bringen soll. Vorher sollen erst noch die sozialdemokratischen „Bonzen" totgeschlagen werden. Dann aber wird mit Hilfe russischer Rubel und deutscher Nationalsozialisten die Sozialdemokratie vernichtet. Heerführer wird Graf Reventlow oder Hitler oder der Kronprinz a. D., wenn sie vorher feierlich ihren Irrtum abschwören. Remmele hat ihnen in Stuttgart Amnestie versprochen. Nur noch ein halbes Dutzend Generalstreike, und alles schwimmt in Butter. Diese liefern die „schaffenden" (heißt wohl raffenden) Landwirte. Im Aufruf versprechen sie es. Und fast umsonst wollen sie liefern, nur für die hohe Ehre, mit den Katz, Höllein, Koenen gemeinsam ein bißchen Regierung spielen zu können. Und die kommunistischen Arbeiter? Sollte ihnen diese dammliche Bauernkomödie nicht doch die Augen öffnen? Wir hoffen's bestimmt.

Gefahr im Verzuge!

Parteigenossen! Leser!

Die katastrophale Verschlechterung der Papiermark hat unsere Arbeiterpresse nahe an den Rand des Abgrundes gebracht. Das Schlimmste ist zu befürchten, wenn nicht sofort und etwas Durchgreifendes zur Rettung geschieht! Das Bild ist nicht etwa eins der vielleicht in der Agitation üblichen Ausschmückungen. Nein! Es ist bitterernste, erschütternde Wahrheit!

Die rasende Teuerung der letzten Wochen ist allen unseren Lesern zu sehr mit glühenden Griffeln in Leib und Seele gebrannt, als daß es notwendig wäre, noch besondere Nachweise darüber zu erbringen. Infolge der Geldknappheit ist unser Verlag in die bisher noch nicht dagewesene Lage gekommen, seine Verpflichtungen in der bisherigen Weise nicht erfüllen zu können.

Wir ersuchen deshalb unsere Leser um schleunigste Zahlung und die Austräger um unverzügliche Kassierung und Ablieferung der fälligen Teilbeträge. Nur durch raschesten Geldumsatz sind wir imstande, unseren Verpflichtungen nachzukommen und unser Blatt vor schweren Gefahren zu bewahren.

Parteifunktionäre allerorts! Ueberzeugt Euch sofort, ob der Restbetrag für den August-Bezugspreis gezahlt ist! Sorgt dafür, daß die eingezogenen Beträge nicht liegen bleiben! Sie müssen unverzüglich in unseren Besitz kommen! Die unsagbar groß gewordene Not unserer Presse zwingt uns zu diesem Hilferuf.

Wir rufen unsere Leser und Leserinnen,

wir rufen unsere Parteigenossen und -genossinnen,

wir rufen unsere Gewerkschafter und Genossenschafter auf, mit uns einig zu sein,

eine Notgemeinschaft zu bilden

zur Erhaltung unserer Presse. Wir dürfen nicht die Frucht jahrzehntelanger, unermüdlicher Arbeit unserer besten Genossen zertrümmern lassen. Dann hätten die kapitalistischen Zeitungskonzerne freies Feld, um die öffentliche Meinung und damit die gesamte Arbeitnehmerschaft zu knechten. Das hätte im Gefolge den Untergang der politischen Bewegung, das hätte zur weiteren Folge die schwerste Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Organisationen, das wäre der geistige Tod der Arbeiterschaft selbst.

Genossen, die in der Lage sind, größere Beträge, auch leihweise, zur Verfügung zu stellen, fordern wir auf, sich vertrauensvoll an uns zu wenden. Der Verlag benötigt dringend größere Geldbeträge; nicht etwa weil das Blatt finanziell schlecht steht, sondern die plötzlich aufgetretene Geldknappheit und die außergewöhnlichen Preis- und Lohnsteigerungen einen ebenso plötzlichen Notstand schufen.

Genossen, helft also in Euerm eigenen wohlverstandenen Interesse uns über die augenblickliche, die große Not hinweg!

Der Verlag.

Quittung.

Für das „Volksblatt" wurden von Parteigenossen zu dem für Vorauszahlungen und infolge Geldentwertung allgemein in hohen Summen erforderlichen Betriebsfonds folgende Beträge gezahlt.

Von Genossen:

M. H., Freyburg	1 800 M.
Koslowski, Halle	20 000 „
Dörner, Halle	1 000 „
R. Lönicker, Schmiedeberg	20 000 „
Schröder, Oberheldrungen	1 000 „
O. Böttger, Ahlsdorf	5000 „
E. Grahne, Halle	5 000 „
Hinterlah, Elsterwerda	5 000 „
Hänisch, Grünewalde	800 „
Ortsverein Frankleben	10 000 „
Redecker, Kemberg	10 000 „
S. L. K.	20 000 „
Gido Buttenheim	500 „
Sommer, Halle	20 000 „
derselbe	55 000 „
Blankenberg, Riestedt	5 000 „
Bulecke, Kelbra	15 000 „
Gubanski, Eilenburg	7 500 „
K. Blesse, Eisleben	50 000 „
Thieme, Frossian	2 000 „
Unser die Zukunft	20 000 M.
Ungenannt, Roßleben	20 000 „
Stegmann, Bitterfeld	500 „
durch Gen. Sch., Delitzsch	50 000 „
A. U.	1 000 000 „
P. R.	2 000 000 „
Teilbetrag einer Sammlung auf d. Unterbez.-Konferenz a. 19. August in Delitzsch	1 000 000 „
Personal der Genossenschafts-Buchdruckerei (Wochenrate)	279 000 „
Hugo Jöstel, Halle, den Anregungen d. Genossen in Anhalt folgend	500 000 „
Verzinsbares Darlehn:	
H. Wolf, Wittenberg	20 000 „
Summa:	5 123 600 M.

Die Toten von Zeitz.

Unter ungewöhnlich starker Beteiligung erfolgte am Freitag die Beisetzung der Todesopfer, die der Zusammenstoß mit der Schupo gefordert hat. Etwa 30 000 Proletarier nahmen an der Trauerkundgebung teil. Groß war die Zahl der Kranzdeputationen aus dem ganzen Bezirk.

Im Namen des Magistrats der Stadt Zeitz sandte Oberbürgermeister Genosse Löffler den Toten die letzten Grüße nach. Nachdem ein Vertreter der in den Zusammenstößen Verwundeten den gefallenen Kameraden das Gelöbnis nachrief, in ihrem Sinne weiter zu kämpfen, sprach Genosse Schröder im Namen der Streikleitung einige Worte des Gedenkens und Nacheiferns. Darauf ergriff Genosse Dietrich als Vertreter der VSP. Zeitz das Wort. Wir als Männer, als Werktätige, sind gewiß vieles gewöhnt. Wir haben im Felde manchen Toten bestattet, den die feindliche Kugel hingestreckt hatte. Das Tragische an diesen Gefallenen ist, daß sie in der Heimat von deutschem Blei getötet wurden! Mußte es sein? Wir sind nicht hier, um zu rechten über Schuldige. Schuld an diesen Opfern ist die heutige gesellschaftliche Ordnung, die das Massenelend hervorgerufen und auch dieses Massengrab zu verantworten hat. Erst der Sozialismus wird der Menschheit Ruhe und Frieden bringen.

Der Abmarsch der Massen, die in solcher Zahl in Zeitz noch nicht zusammengekommen waren, erfolgte ohne Störung. Am Sonnabend ist die Arbeit ausnahmslos wiederaufgenommen.

Delitzsch. Die 78jährige Witwe F. wurde von Hausbewohn[…] aufgefunden, ohnmächtig und den Gasschlauch im Munde. M[…] hofft sie noch zu retten. — **Thale.** Ein Schaufenster als Hühn[…] stall eingerichtet hat ein hiesiger Ladenbesitzer. — **Calbe.** [...] Feldhüter wurde von einer erregten Menge erschlagen. — **Cos[…]** Ein Blitzstrahl tötete den heimkehrenden Zimmermann König. — **Quedlinburg.** Der Maurer Franz Liebe wurde auf dem F[…] vom Blitz erschlagen. — **Sangerhausen.** Die vierjährige Inge[…] B. fiel in den Mühlgraben und ertrank.

Mansfelder Lande.

Seid umschlungen . . .

Das deutschvölkische „Eisleber Tageblatt" und der bolschewi[…] hallische „Klassenkampf" haben sich wie zwei Pole berührt und [...] strahlen im schönsten Glanze holden Einvernehmens. Wenn a[…] dieser Glanz mit Geschrei und Schmerz an den Haaren her[…] gezogen wird, so ist doch nicht zu verkennen, daß er da ist. [...] Sturz Cunos und die Große Koalition machen beiden [...] Gedanken. Und da bei ihnen das bittere Gefühl, daß ihnen [...] Sozialdemokratie durch ihre Haltung die schön zurechtgel[…] Konzepte verdorben hat, die Oberhand bekommen hat, müssen [...] den beiden so viel geliebten Presseorganen die bösen Sozis gr[…] lich herhalten. Im Schmerz der Enttäuschung sucht einer bei [...] andern Trost. Das „Tageblatt" schrieb zuerst von einem kom[…] nistischen Erfolg, der angeblich in ihrem Mißtrauensantrag [...] gegenüber bestehen soll. Es vergißt natürlich in bekannter De[…] gogie die sich überstürzende Situation und die trotz aller [...] mahnungen noch kurz vor dem Zurücktritt Cunos sich zeigen[…] Mißgriffe zu erwähnen, vergißt auch die überaus hochgespa[…] Atmosphäre zu bemerken. Wenn es dann in seinem Grimm [...] solchen Schlußfolgerungen als Organ einer Partei kommt, [...] selbst sich vom Parlamentarismus lösen und auf die Straße g[…] wollte, so ist das mindestens sehr komisch. Die von oben gegeb[…] Direktiven werden manchmal zu gewissenhaft befolgt. Das „Ta[…] blatt" schrieb also: „Man mag sich im sozialdemokratischen [...] gegen diese Auffassung mit allen Künsten wenden, die Tatsache [...] kommunistischen Erfolges bleibt bestehen." Beim „Klassenkam[…] entstand ein befreiender Atemzug in drückender schwüler Situ[…] als ihm dieser Satz zu Gesicht kam. Und er wendet ihn in [...] kannter Manier da an, wo es ihm paßt. Nämlich auf den „Ge[…] neralstreik". Das hatte nun allerdings das „Tageblatt" so [...] gemeint. Aber wie dem Herrn, so müssen eben auch dem kom[…] nistischen Organ alle Dinge zum besten dienen. Als in dem [...] tikel „Die nächsten Forderungen des Kampfes" vom Mittwoch, [...] 15. August, der Rückzug in allen Tonarten geblasen wurde, [...] dieser Satz des „Tageblattes" der Redaktion des „Klassenkam[…] wie eine Sternschnuppe in den Weg und mit gierigen Hä[…] griff sie danach, um mit dieser knickerigen Argumentation die [...] verfahrene Situation noch im glänzenden Licht erstrahlen [...] lassen. Daß der Satz damit gar nicht in Zusammenhang [...] bringen war, geniert die großen Geister nicht. Die Ver[…] hornisierung des geistigen Antlitzes seiner Leserschaft feier[…] dieser Anwendung wahre Orgien. So also wird die in die [...] gerittene irregeleitete Arbeiterschaft auch noch verklapst.

Leimbach. Alles nach Maß! Die Stadtverordneten [...] kannten in ihrer letzten Sitzung der Leichenwäscherin für [...] Leichen 20 000 Mk., für mittlere 18 000 Mk., für Kinder bis zu [...] Jahren 16 000 Mk. und für Totgeborene 10 000 Mk. Waschg[…] zu. Die Regelung hat nur einen Fehler. Man hat vergessen [...] Frau eine Anweisung zu unterbreiten, aus der ersichtlich ist, [...] sie mit diesen respektablen Summen — kaufen soll.

Ermsleben. Der Landarbeiterstreik, in den auch [...] hiesigen Landproletarier aus Unkenntnis der Lage hineinsta[…] ist beendet. Die Geschädigten sind nicht die unbekannten Elem[…] die die Streikparole durchdrückten, sondern die Landarbeiter, [...] jenen Leuten willig ihr Ohr liehen, anstatt auf ihre Gewerks[…] den DLV., sich zu besinnen.

Hettstedt. Die Krise im Buchdruckgewerbe. Die [...] sigen Buchdruckergehilfen wurden am Freitag, dem 17. August, [...] los gekündigt. Es besteht eine Kündigungsfrist von 14 Tagen. [...] Macknahme ängt mit der bekannten üstiechZenlnisimgt [...] Maßnahme hängt mit der bekundeten Absicht der Buchdruck-Un[…] nehmer zusammen, die Betriebe zu schließen, falls die Buchdr[…] auf Zahlung des ihnen durch Schiedsspruch zugesprochenen Loh[…] bestehen.

An alle Ortsgruppenkassierer der SAJ.

Alle Geldsendungen für die Bezirksjugendkasse und Einka[…] zentrale sind auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 375 91 Karl Ne[…] wand, Halle, Harz 42/44, zu überweisen. Benutzt diese Ein[…] tung und Ihr spart unnötige Portokosten. Sendet umgehend [...] Augustbeiträge an die Bezirksleitung ein. Wir benötigen dring[…] Geld.

Sozialistische Arbeiterjugend, Bezirksleitung Halle-Merseburg, Halle, Harz 42/44, Hinterhaus 2 Tr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230820-15/fragment/page=0006